

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 42. Jahrgang

AZB 3001 Bern / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 10 2007

Rettet den Schweizer Boden!

Démocrate  Suisse
Pages 13–15

 SD-Listen 
AG: 7, BE: 17, BL: 9;
BS: 9, SO: 10, SG: 1,
TG: 14, VD: 14, ZH: 27



Bernhard Hess,
Nationalrat
und SD-Zentral-
präsident, Bern,
SD-Liste 17,
Kand.-Nr.
17.01.9

Wussten Sie, dass in der Schweiz jede Sekunde ein Quadratmeter fruchtbares Land überbaut wird? So scheint der letzte noch verbliebene unverbaute, kostbare Heimatboden im Beton zu ersticken. Hemmungslos wird ausgezont, umgezont, entstehen neue Siedlungs- und Überbauungsprojekte, werden Luxus-Wohnsiedlungen gebaut. Oft sind es die schönsten Ecken in unserem Land, die auf diese Weise – Stück für Stück – vernichtet werden. Und nun will der Bundesrat auch noch den letzten Damm wegreißen, indem er die so genannte «Lex Koller»

POSTCODE 1

AZB 3001 Bern

gänzlich abschaffen und somit den bislang limitierten Grundstücksverkauf an reiche Käufer aus dem Ausland völlig freigeben will.

Doch nicht mit uns Schweizer Demokraten!

Die SD und vormals die NA haben sich seit ihrer Parteigründung gegen die Verschacherung unseres Kulturlandes, die hemmungslose Zersiedelung und gegen den Ausverkauf der Heimat immer zur Wehr gesetzt

und wir werden es auch in Zukunft tun. In diesem Zusammenhang sei den Spekulanten und Geldmensch ein amerikanisches Zitat ins Stammbuch geschrieben:

«Erst wenn Täler, Wald und Hügel bis zum letzten Rasenziegel, betoniert und umgegraben, wird der Geldmensch Ruhe haben.»

Bei einer Zugfahrt von Genf nach Romanshorn wird einem eindrucksvoll vorgeführt, dass die Gross-Stadt Schweiz bereits bittere Realität geworden ist. Boden ist aber keine nachwachsende Ressource. Was überbaut, was «verhäuselt» ist, ist weg: verloren für die Landschaft, verloren für die Landwirtschaft; entrissen der Natur!

Zweitwohnungsbau steigt

Die einheimische Bevölkerung der Tourismusgebiete der Kantone Wallis, Waadt, Tessin, Bern und Graubünden weiss, zu welchen neokolonialistischen Zuständen die freie Handelbarkeit des Bodens führt. Jedenfalls muss bei der geplanten Aufhebung der Lex Koller in verschiedenen Regionen mit einer weiteren spürbaren Steigerung des Zweitwohnungsbaus gerechnet werden, und zwar sowohl in Tourismusregionen als auch in städtischen Gebieten. In Tourismusregionen ist eine Konzentration



der Nachfrage in grösseren und bekannteren Ferienorten zu erwarten. Einerseits hängt dies mit der Klimaänderung zusammen, welche zu einer Verlagerung der Nachfrage in höher gelegene, schneesichere Ferienregionen führen wird. Andererseits ist im Tourismus mit einem verschärften internationalen Wettbewerb zu rechnen, in welchem sich mittel- bis langfristig in erster Linie nur die grossen Ferienorte mit gut ausgebauten touristischen Angeboten und entsprechender Infrastruktur werden behaupten können. Bei einer allfälligen Aufhebung der «Lex Koller» wird sich darum als absehbarer Effekt auch die ökonomisch bedingte Abwanderung weiterer grösserer Teile der bisher in den touristisch weniger entwickelten und darum weniger konkurrenzfähigen Regionen ansässigen Bevölkerung bemerkbar machen und sich negativ auf die Erhaltung und

auf die Bewirtschaftung dieser Gebiete auswirken.

Zwischen 1980 und 2000 ist auch in städtischen Gebieten die Zahl

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Der Wahlkampf 2007
- 4 Aggressiver Islam – schwaches Europa
- 6 Die geplante Volksentscheidung: Fluch oder Segen?
- 7 Die EU-Personenfreizügigkeit und die Folgen
- 8 Veranstaltungshinweise
- 9 Der 8. Bundesrat neuerdings in Brüssel?
- 10 Ideologisch korrekte Wissenschaft

Rettet den Schweizer Boden!

Fortsetzung von Seite 1

der Zweitwohnungen markant gestiegen. Es ist davon auszugehen, dass sich dieser Trend fortsetzen wird, denn der wirtschaftliche Strukturwandel wird weiterhin dazu führen, dass Beschäftigte häufiger die Arbeitsstelle wechseln, Wohn- und Arbeitsort immer weiter auseinander liegen sowie in Haushalten beide Partner an verschiedenen Orten berufstätig sind. Dies dürfte in Zukunft zu einer wachsenden Nachfrage nach Zweitwohnungen in Städten führen.

Steigende Immobilien- und Mietpreise

Eine hohe Nachfrage nach Zweitwohnungen führt zu steigenden Immobilien- und Mietpreisen, was es für die Einheimischen erschwert, attraktiven und erschwinglichen Wohnraum vor Ort zu finden. So werden die Einheimischen von den meist sehr zahlungskräftigen Zweitwohnungskäufern vom Wohnungsmarkt verdrängt. Zudem müssen die Gemeinden die Infrastruktur auf die theoretische Maximalbelegung ausrichten, welche, wenn überhaupt, nur während eines Teils des Jahres erreicht wird. Dies kann zu überhöhten Infrastrukturkosten für die Gemeinden und damit zu einer klaren Benachteiligung der lokalen Bevölkerung und Wirtschaft und einer erhöhten Steuerbelastung führen.

Die zu beobachtende Überhandnahme der Zweitwohnungen führt vor allem in touristischen Regionen zu einer Reihe von unerwünschten Wirkungen. Die Lex Koller hat diese Entwicklungen in der Vergangenheit zwar nicht stoppen können, doch die geplante Aufhebung wird den Problemdruck merklich erhöhen.

Der Sinn des Gesetzeswerks

wurde vom Bundesrat 1960 wie folgt beschrieben:

«In der Schweiz ist der Boden besonders knapp... Auf diesem von Natur engen und angespannten Bodenmarkt kann schon eine geringe und erst recht eine massive ausländische Nachfrage, oft buchstäblich «um jeden Preis», den Bodenpreis gefährlich in die Höhe treiben. Der höhere Bodenpreis wirkt sich als Teuerungsfaktor für die ganze Volkswirtschaft aus. Jede Bodenpreissteigerung leistet der Bodenspekulation und diese wiederum einer weiteren Preissteigerung Vorschub»...

und am 13. Dezember 1972 bekräftigte der Bundesrat die Situation

vor dem Nationalrat mit folgenden Worten: *«Es ist für einen Kleinstaat einfach nicht möglich, Auffangbecken zu werden für alle.»*

Es kann nicht bestritten werden, dass die Situation heute um ein Mehrfaches schlimmer ist – als noch 1960. Im Jahre 1960 teilten sich 5,2 Millionen Menschen in die Lebensgrundlage «Boden der Schweiz». Heute sind es 7,5 Millionen, wobei die verfügbare Bodenfläche der Schweiz unterdessen durch die wilde Bauerei wesentlich vermindert wurde. Seit 40 Jahren wird jede Sekunde 1 Quadratmeter – meist des produktivsten Bodens – mit Beton versiegelt.

Es ist geradezu selbstmörderisch, wenn zusätzlich weiterhin jährlich ein Einwanderungsüberschuss von rund 50 000 Personen akzeptiert (gewollt) wird, damit die Wohnbautätigkeit rekordverdächtig weitergehen kann. Mit der Aufhebung der Lex Koller würde eine noch vorhandene Bremse der Selbstvernichtung durch Überlastung der natürlichen Lebensgrundlagen gelöst. Dagegen werden sich die Schweizer Demokraten mit aller Kraft wehren!

Lex Koller zeitgemäss oder nicht?

Die Gegner des Investitionsverbotes durch Ausländer in unseren Boden behaupten, dieses sei nicht mehr zeitgemäss. Doch schon heute lässt sich feststellen, dass sich die Flucht in die Sachwerte und ins Edelmetall abzeichnet. Somit ist es **höchst zeitgemäss, die Lex Koller aufrechtzuerhalten**. Nicht nur das, es wäre angezeigt, diese zu verschärfen, und den Immobilienmarkt vor dem zu erwartenden Fluchtkapital aus dem Ausland zu schützen.

Globalisierungsfalle

Zurzeit wird die Globalisierung mit allen Konsequenzen wie freie Handels- und Investitionsmöglichkeiten auf der ganzen Welt als unabwendbare, schicksalhafte Notwendigkeit dargestellt. Tatsächlich aber ist die Globalisierung ein neokolonialer Raub von Ressourcen der armen Länder. Niemand hat jedoch das Recht, dem ändern die zum Leben notwendigen, natürlichen Grundlagen oder Ressourcen wegzukaufen oder gar gewaltsam zu entreissen. Die Schweiz ist im Sinne der natürlichen Lebensgrundlagen ein armes Land. Die geplante Aufhebung der Lex Koller wendet sich gegen die legitimen Interessen der Schweiz als freier und selbstbestimmender Staat. Die Schweizer Demokraten werden deshalb dem Ausverkauf der Heimat nicht tatenlos zusehen und das Referendum gegen die Aufhe-

RETTET DEN SCHWEIZER BODEN!

bung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland ergreifen.

Nachfrage wird steigen

Bei der Aufhebung der Lex Koller ist damit zu rechnen, dass der Nachfragedruck nach Liegenschaften, Zweitwohnungen und generell nach Grund und Boden, in den Kantonen und Gemeinden mit bereits heute hoher ausländischer Nachfrage noch stark zunehmen wird. Darauf deutet die derzeitige hohe Ausschöpfung der Kontingente in den touristischen Kantonen hin. Gestützt auf Artikel 13 BewG kennen derzeit zahlreiche Gemeinden weitergehende Einschränkungen des ausländischen Erwerbs. In vielen touristischen Gemeinden gelten heute, unabhängig von der Kontingentierung auf Bundesebene, Maximalquoten für den Verkauf von Grundstücken und Wohnungen an Personen im Ausland. Bei der Aufhebung der Lex Koller werden diese Regelungen wegen Fehlens der Rechtsgrundlage hinfällig, so dass in diesen Gemeinden mit einem zusätzlichen Nachfragedruck durch Personen im Ausland zu rechnen ist. Zudem ist nicht abzuschätzen, wie sich die Nachfrage in Kantonen und Gemeinden entwickeln wird, in denen der Erwerb von Ferienwohnungen durch Personen im Ausland heute nicht zugelassen ist, weil sie nicht als Tourismusregionen gelten.

Bedenkliches Demokratieverständnis

Der Grundstückerwerb durch Personen im Ausland war immer eine politisch hart umkämpfte Angelegenheit. Wie erwähnt, scheiterte am 20. Mai 1984 die NA-Initiative «gegen den Ausverkauf der Heimat» nur ganz knapp in der Volksabstimmung, und zwar mit 837 987 Ja-Stimmen (48,9 Prozent) gegen 874 964 Nein. Vor etwas mehr als zehn Jahren wurde dank einem Referendum der Schweizer Demokraten eine Lockerung der Lex Friedrich mit 53 Prozent verworfen. Es zeugt von einem falschen Demokratieverständnis, etwas mehr als ein Jahrzehnt später ein Gesetz nun gänzlich aufheben zu wollen, das auch heute von einer klaren Mehrheit des Stimmvolkes getragen wird.

Wir Schweizer Demokraten lehnen die Vorlage zur Aufhebung der Lex Koller in aller Form ab. Wir verlangen vielmehr die Prüfung der Möglichkeiten der künftigen Abwehr von spekulativem, anlagesuchendem Kapital in der Schweiz bei einer allfälligen, aber zu erwartenden, künftigen Konsolidierung der Weltwirtschaft. Ganz sicher werden wir aber **dem Ausverkauf der Heimat nicht tatenlos zusehen und das Referendum gegen die Aufhebung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland ergreifen**.

Gauche caviar

SP: Von der Arbeiter- zur Sozialarbeiterpartei

Nach Durchsicht der Nationalratswahlkampfbroschüre der SP gingen mir spontan folgende Gedanken durch den Kopf: Die einstige Arbeiterpartei hat sich längst zur «Sozialarbeiterpartei» gewandelt. Gehätschelt werden Randgruppen wie Häuserbesetzer, extreme Feministinnen, Drogensüchtige und Asylbewerber. Selbst ernannte Kulturschaffende, selbstverständlich mehrheitlich stolze Besitzer des SP-Parteibuches, können auf grosszügige Zuschüsse aus der Staatskasse zählen. Die Verwaltung wird durch immer neue unsinnige Stellen wie das Gleichstellungsbüro (die Angestellten sind selbstverständlich ebenfalls vorwiegend eingeschriebene SPler) aufgebläht. Überall im Staatsapparat haben

sich 68er-Seilschaften eingenistet, die mittels überflüssiger Debattierklubs wie der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus eine Daseinsberechtigung kreieren. Im Nationalrat wird die SP fast ausnahmslos durch Besserverdienende vertreten, die an links-bourgeois Vernissagen mit dem Champagnerglas anstossen. Die Ängste und Nöte der Bewohner der teilweise sehr stark überfremdeten Arbeiterquartieren sind ihnen völlig fremd, denn selber sind sie längst stolze Besitzer eines Eigenheims, meist an bester Wohnlage. Die SP kann die Anliegen der sogenannten «kleinen Leute» schon lange nicht mehr glaubhaft vertreten.

Bernhard Hess, Nationalrat, Bern,
www.bernhard-hess.ch

Der Wahlkampf 2007 der Regierungsparteien – eine Tragik-Komödie!



Der Monatskommentar von Valentin J. Oehen, e. Nationalrat

Der politisch versierte Beobachter reibt sich ob dem aktuellen Wahlkampf-Theater unserer Regierungsparteien verwundert die Augen und schüttelt verständnislos den Kopf.

– Da wird der – offenbar erzwungene – Rücktritt eines wenig glücklich agierenden Bundesanwaltes Valentin Roschacher zu einer Staatsaffäre hochgespielt. Dass dabei der zuständige Departementchef seine Spielregeln nicht genau beachtet haben soll, ist ja wohl eher als eine lässliche Sünde zu bewerten.

– Die Anti-Rassismus Liga deploiert eine Straf-Anzeige gegen die Partei, welche eine allgemein bekannte Redewendung – jene des schwarzen Schafes in der Familie – plakativ umsetzt und damit straffällige Ausländer (gleich welcher Hautfarbe) anvisiert.

– Ein Bundesrat mit Jahrgang 1942 will sich an die faschistischen Kampagnen von Mussolini Italien erinnern, die nun angeblich von einer Regierungspartei wiederbelebt würden.

– Dass ein ungeliebter, aber zweifellos tüchtiger Bundesrat vor der weiteren Einbindung in internationale Verträge warnt, ist Grund genug, um Professoren und einen ehemaligen hohen Bundesbeamten zu gescheiten, tiefsinnigen Publikationen zu veranlassen. Wir müssten uns angewöhnen, Freiheiten aufzugeben, um Sicherheit zu gewinnen, so der Tenor.

– Bla-bla-bla!

Wo bleiben die Diskussionen zu den wirklichen Problemen?

Von den Regierungsparteien werden diese bis jetzt jedenfalls nicht angesprochen. Vergeblich warten wir auf Lösungsvorschläge für zum Beispiel die folgenden brennenden Themen:

– Unsere Beziehung zur Weltbank, zum internationalen Währungsfond (IWF) und zur WTO. – Es wird immer klarer,

dass diese Institutionen, die von den USA, resp. der Hochfinanz dirigiert werden, Ursache unsäglicher Katastrophen sind.

Zu diesem Thema schreibt Michel Chossudovsky in seinem Buch «Global-Brutal»: Die makroökonomischen Reformen und die fortwährend radikalisierte Handelsliberalisierung, die dieses mächtige Konglomerat der Globalisierungsagenten erzwingt, fördert die «friedliche» Rekolonialisierung von Ländern durch bewusste Manipulation der Marktkräfte. Obwohl dazu kein offener Einsatz von Gewalt erforderlich ist, stellt die rücksichtslose Durchsetzung der Wirtschaftsreformen dennoch eine Form der Kriegführung dar. In diesem allgemeineren Sinne sind Krieg und Globalisierung keine getrennten Probleme.

Zu Beginn des dritten Jahrtausends gehen Krieg und «freie Märkte» Hand in Hand. Der Krieg ist gewissermassen das multilaterale Investitionsabkommen der letzten Instanz. Er zerstört physisch, was durch Deregulierung, Privatisierung und die Erzwingung von «Marktformen» noch nicht vernichtet wurde. Direkte kriegerische Kolonialisierung und die Errichtung westlicher Protektorate erfüllen *de facto* den Zweck, westlichen Banken und multinationalen Konzernen ungehinderten Zugang zu den betreffenden Märkten zu verschaffen, so dass sie – wie in den Bestimmungen der WTO verlangt – global wie auf einem nationalen Markt agieren können.

– Die Rückkehr zur integralen, bewaffneten Neutralität

Unsere Einbindung via PfP in die NATO, die unterdessen zum willfähigen Gehilfen der amerikanischen Machtpolitik geworden ist, hat uns um den «Heiligenschein» des neutralen Kleinstaates gebracht. Unsere Handlangerdienste im Balkan, in Afghanistan, im Irak (Überflugbewilligungen für US-Militärmaschinen) und anderswo gefährden unsere Möglichkeiten humanitärer Missionen aufs Schwerste. – Die Mitarbeit bei der Ausbildung ausländischer Militärs (Hochgebirgs-Spezialisten in Andermatt / Tornado Absturz im Lauterbrunnental / Generalstabsübungen mit ausländischen Stabs-offizieren und Ausbildung schwei-



Vereinbar mit der Schweizer Neutralität? Attachés aus Frankreich und den Vereinigten Staaten in der Übung RHEINTAL 06.

zerischer Generalstäbler im Ausland) kratzen an der Glaubwürdigkeit der schweizerischen, immerwährenden, bewaffneten Neutralität. Der laufende Umbau der Armee zu einem Puzzle der NATO-Armee wäre in aller Konsequenz und Tiefe zu diskutieren und vom Schweizervolk zu entscheiden.

– Der Ausverkauf der wirtschaftlichen Souveränität

In erschreckendem Tempo geht die schweizerische Wirtschaft in ausländische Hände über. Noch 1999 besaßen Schweizer 51,4% der Aktien; 5 Jahre später sind bereits knapp 60% in ausländischer Hand. Mehr als jeder 2. CEO der grossen Unternehmen ist 2007 ein Ausländer (vor allem Deutsche!) Die Überfremdung des Landes hat damit eine neue Dimension erreicht. Das aber scheint unsere «staatstragenden» Parteien nicht zu beunruhigen.

– Die Währungshoheit ist in grösster Gefahr

da die Zentralbanken weltweit (auch unsere Nationalbank!) gezwungen werden, wertlose Dollars als «Währungsreserven» zu halten. Man beachte in diesem Zusammenhang:

Der US-Dollar ist das private Geld der Hochfinanz; von niemandem ausser ihr selbst garantiert, zur Gewinnmaximierung hemmungslos vermehrt und zum Instrument ihrer Weltherrschaft und zum Hilfsmittel für den Raub aller wichtigen Rohstoffe und Sachwerte der Welt missbraucht.

Aber gleichzeitig schweigen sich unsere Regierungsparteien über die neuesten Verkaufsabsichten der Nationalbank von weiteren Teilen ihrer noch verbliebenen Goldreserven aus.

– Der Glaube an das materielle Dauerwachstum

sei an dieser Stelle als letztes, brennendes Problem genannt. Noch immer ertönt all überall der Ruf nach Wachstum, sei es im Wohnungsbau, im Infrastrukturbereich oder in der Wirtschaft ganz allgemein. Und es wird in unserem Land immer enger und enger. Wen dieses Problem noch nicht elektrisiert, kann offenbar nicht über die eigene Nasenspitze hinaus denken.

Damit dürfte bereits genügend dargelegt sein, wieso der gegenwärtige Wahlkampf der Regierungsparteien als tragische Komödie apostrophiert zu werden verdient. Wem die oben erwähnten Themen noch nicht genügen, möge an folgende Stichworte denken:

– Die Schweiz auf dem Wege zur Zivilisationswüste!

– Pandemie – Angst im Dienste der pharmazeutischen Industrie!

– Belügung der Öffentlichkeit durch die Massenmedien zu Steigerung der täglichen Verkaufszahlen!

– Die Zerstörung der Jugend mit Drogen, satanischer Unterhaltungsmusik und Verhinderung des Denkens über Lebenssinn und Lebenszweck!

Noch Fragen?

Aggressiver Islam – schwaches Europa

«Islam – Le XXIème siècle sera-t-il musulman?» (Islam – Wird das 21. Jh. muslimanisch sein?) lautet der Titel der in einem Band zusammengefassten Protokolle der «IXème Université d'été de la Renaissance Catholique» vom Juli 2000 in Hurigny (Saône-et-Loire), an welcher namhafte Publizisten, Historiker, Theologen und Islamologen, auch aus dem rechtsstehenden nationalen Lager, teilnahmen, wie z.B. Dr. Bernard Lugan, profunder Kenner des Schwarzen Erdteils, Geschichtspräsident an der Universität Lyon III und Verfasser zahlreicher Werke über Afrika («God Bless Africa – Contre la mort programmée du Continent noir», «Pour en finir avec la colonisation», «Afrique – histoire à l'endroit» u.a.m.); Vladimir Volkoff (1932–2005), erfolgreicher Schriftsteller weissrussischer Abstammung und Kämpfer gegen die gesteuerte Falschinformation in den Medien («Désinformation – flagrant délit», «Petite histoire de la désinformation», «Manuel du politiquement correct») und Philippe Conrad, Autor von «Histoire de la Reconquista» – Presses Universitaires de France, Taschenbuchserie «Que sais-je?» Nr. 3287. Diese Sommeruniversität wird nicht von einer offiziellen Stelle der römisch-katholischen Kirche organisiert. Das Buch mit den Protokollen (Preis Euro 20.–) sowie die oben erwähnten Werke sind erhältlich bei SA D.P.F. (Abk. für Diffusion de la Pensée Française), Boîte postale 1, FR-86190 Chiré-en-Montreuil.

Nachstehend einige Auszüge aus den am genannten Anlass vertretenen Standpunkten:

– Europa steht unter zweifachem islamischen Druck: einerseits durch den **Terrorismus** und andererseits durch einen auf die muslimanische **Geburtenfreudigkeit** zurückzuführenden unaufhörlichen **Einwanderungszufluss**. Khaled Kelkal, der am 29.9.1995 von der Polizei erschossene Hauptverdächtige eines missglückten Attentates auf einen TGV-Schnellzug, führte gegenüber einem Gefängnispsychologen aus, dass man den Dschihad durch das Legen von Bomben oder durch die Zeugung von Kindern führen könne. Die zweite Methode ist wesentlich gefährlicher, da sie bei uns keine Reaktion auslöst. Antiterrorismus-Spezialisten schätzen, dass der islamische Terrorismus in Europa im Schosse der eingewanderten Bevölkerung mohammedanischen Glaubens **über etwa 30 000 schlafende Agenten**

verfügt. Der demographischen Expansion der islamischen Welt halten wir schwerlich mehr als die Explosion der Anzahl Abtreibungen entgegen. (S. 15 u. 29)

– Die **Diskriminierung nichtmuslimischer Minderheiten** ist, auch was die Religionsausübung betrifft, in Saudiarabien am grössten. Christen dürfen keine Kirche haben, und das Zelebrieren der Messe ist untersagt. Selbst die Zeichen und Ausdrucksformen des Glaubens wie das Tragen eines Kreuzes oder die Bibellektüre sind ihnen verboten, dies auch in ihren Häusern. Polizeiliche Hausdurchsuchungen in Privatwohnungen mit nachfolgender Einkerkelung werden laufend durchgeführt, um die gemeinsamen Gebetsstunden – mit oder ohne Priester – aufzuspüren. Oft sind es fernöstliche Christen wie Philippiner, die im Dienste von Saudiarabern stehen, aber auch Libanesen, die diese Demütigungen erleiden müssen. Die USA als Verbündete von Saudiarabien übernehmen dafür einen Teil der Verantwortung, da sie vor diesen Verletzungen der Menschenwürde die Augen schliessen.



Im Irak war der Islam Staatsreligion, aber **Saddam Hussein**, obwohl Musulmane, war nicht religiös. Er **gewährte den Christen die Kulturfreiheit** und stützte sich auf sie ab, um sein Persönlichkeitsbild zu pflegen. (S. 90/91)

– Gemäss gewissen muslimischen Intellektuellen hat der Islam eine Mission zu erfüllen: **Europa** wieder zu vergeistigen, d.h. zu **islamisieren**. Man müsse ihm, das seine Seele verloren hat, den muslimanischen Geist einflössen. Dafür tritt Tarik Ramadan ein. Ägyptischen Ursprungs, lehrt er heute in Genf und Freiburg i/Üe. Philosophie und Islamologie. Mütterlicherseits ist er ein Enkel von Has-



Bewaffnete Islamisten in Islamabad.

san al-Banna, dem Gründer der in den 1930er-Jahren in Ägypten entstandenen Moslem-Bruderschaft, einer integristischen religiösen Bewegung, die unter Nasers Regierung unterdrückt wurde. Tarik Ramadan und sein Bruder Hani, welcher das Islamische Zentrum Genfs leitet, sind stark von den Ideen ihres Grossvaters geprägt. Für sie ist es grundlegend, die **muslimische Jugend Europas**, die ihre Wurzeln verloren hat, **wieder zu islamisieren, um dann mit ihr Europa für den Islam zu erobern**. Tarik Ramadan predigt niemals Gewalt, und man könnte ihn als «sanften» Islamisten bezeichnen. Nach seinem Plan sollen den verschiedenen islamischen Volksgruppen vom allgemein gültigen Recht des Gastlandes gewisse **abweichende Normen** zugestanden werden, was einer **schleichenden Islamisierung der Rechtsprechung** gleichkommt. (S. 93)

– An Stammtischgesprächen hört man viel, wie die Muslime die **Familie** in hohen Ehren halten. Aber was sie darunter verstehen, widerspricht unserer Auffassung. Es stimmt, dass die Familie bei den Mohammedanern einen grossen Stellenwert hat. Jedoch ist es eine Familie, welche die **Polygamie** und die **Verstossung der Frau** im Hauruckverfahren zulässt. Unserer Gesellschaft steht es allerdings nicht an, ihnen dies vorzuwerfen, während bei uns mehrmalige Ehescheidungen praktiziert werden und wir dank der offiziell anerkannten gleichgeschlechtlichen Partnerschaft die Homosexualität zum Modell erhoben haben. (S. 94) (Anm. Red.: in einem streng islamischen Land eine «Gay-Pride» oder andere Schwulenparade zu organisieren, wäre undenkbar. Doch auch in jenen Gefilden gibt

es nicht nur Tugendbolde, wie die «NZZ am Sonntag» vom 3. Juni 2007 in einem «Es ist warm in der Wüste» betitelten Artikel von Nadya Labi einleitend zu berichten wusste: «Muslime halten dem Westen gerne sexuelle Verkommenheit vor. Das eigene Verhalten ist von **Doppelmoral** geprägt. Im puritanischen Saudiarabien droht Homosexuellen die Todesstrafe. Doch das Schwulenleben boomt.»

– Die Stärke des Islam beruht stets auf unserer Schwäche. Die **moralische Dekadenz unserer Gesellschaft**, die ein wahres Schauspiel bietet, kann die Musulmanen in ihrer Idee, uns das eindeutig weniger heuchlerische islamische Recht aufzuzwingen, nur bekräftigen. (S. 99)

– Eine Abrechnung Vladimir Volkoffs mit der **amerikanischen Machtpolitik**, die sich des Islams bedient, um Europa zu schädigen (Kosovo/Jugoslawien 1999) und die Europäer um Waffenhilfe bittet, wenn dem nach Rohstoffen und Bodenschätzen lechzenden US-Imperialismus Schiffbruch droht, wie in Afghanistan und im Irak. (S. 257/71)

Bemerkenswert ist, dass die verschiedenen Referenten sich nicht damit begnügen, den Islam einfach tüchtig in die Pfanne zu hauen, sondern auch die Fehler und Schwächen im europäischen Lager zur Sprache bringen. Letzteres ist auch für die Schweiz von grösster Wichtigkeit. *Max Morf*

Frage: Haben wir zuviel Ausländer in der Schweiz?

Antwort

20%: Ja

10%: Nein

70%: معهد الأمن العالمي بواشنطن

Im Bundesblatt veröffentlicht am: 07.08.2007

Eidgenössische Volksinitiative

«Für freie Meinungsäusserung - weg mit dem Maulkorb!»

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68 ff., folgendes Begehren:

I.
Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert:
Art. 16 Abs 4 (neu)
Im Rahmen demokratischer Meinungsbildung und Auseinandersetzung ist die Meinungsäusserungsfreiheit in jedem Falle gewährleistet und darf durch keine gesetzlichen Bestimmungen eingeschränkt werden.

II.
Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:
Art. 197 Ziff. 8 (neu)
8. Übergangsbestimmung zu Artikel 16 Absatz 4 (neu)
Nach Annahme von Artikel 16 Absatz 4 durch Volk und Stände sind die Artikel 261^{bis} des Strafgesetzbuchs und 171c des Militärstrafgesetzes unverzüglich ersatzlos zu streichen.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen.

Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton:		Postleitzahl:		Politische Gemeinde:		
Nr.	Name: <small>(handschriftlich und möglichst in Blockschrift)</small>	Vorname:	Genaues Geburtsdatum: <small>(Tag/Monat/Jahr)</small>	Wohnadresse: <small>(Strasse und Hausnummer)</small>	Eigenhändige Unterschrift:	Kontrolle <small>(leer lassen)</small>
1						
2						
3						
4						
5						
6						
7						
8						

Ablauf der Sammelfrist: 07. 02. 2009

Die Stimmrechtsbescheinigung wird durch die SD eingeholt.

Die Unterzeichnende Amtsperson bescheinigt hiermit, dass oben stehende _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Initiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Datum: _____	Amtsstempel <div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 100px; margin: 0 auto;"></div>	Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson
Ort: _____		Unterschrift: _____
		Funktion: _____

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachfolgenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder vorbehaltlos zurückzuziehen. Bernhard Hess, Nationalrat, SD-Zentralpräsident, Normannenstrasse 45, 3018 Bern; Jürg Scherrer, e. Nationalrat, Grossrat, Polizeidirektor FPS, Kloosweg 87, 2502 Biel; Valentin J. Oehen, e. Nationalrat NA, Köniztalstrasse 12, 3098 Köniz; Jean-Jacques Hegg, e. Nationalrat NA, Greifenseestrasse 35, 8600 Dübendorf; Dieter Beyeler, Stadtrat SD, Wangenstrasse 52, 3018 Bern; Daniel Bircher, Gemeinderat SD, Salmendörfli 8, 5084 Rheinsulz; Walter Brunner, Präsident SD Berner Oberland, Oberdorf 3, 3800 Unterseen; Hans Jörg Fischer, e. Kantonsrat SD, Guldenen 561, 8127 Forch; Willi Frommenwiler FPS, Bern, Dorfstrasse 12, 4922 Thunstetten; Marcel Haag, Gemeinderat SD, Flurhofstrasse 18, 9500 Will; Daniel Kirchhofer, Gemeinderat SD, Wegmühlegässli 11, 3072 Ostermundigen; Christian Jungen, Gemeinderat SD, Stapfobode 330, 3625 Heiligenschwendli; Hans Rudolf Metz, e. Kantonsrat SD, Oberdorfstrasse 9, 8556 Wigoltingen; Adrian Pulver, Junge SD, Heckenweg 61, 3007 Bern; Willy Schmidhauser, Kantonalpräsident SD Thurgau, Untere Bündt 5, 8505 Dettighofen; Roland Schöni, SD-Zentralsekretär, Kantonalpräsident SD Bern, Oberdorfstrasse 4, 3806 Bönigen; John Stämpfli, Landrat SD, Gruthweg 22 b, 4142 Münchenstein; Ursula Walther FPS, Dorfstrasse 12, 4922 Thunstetten; Roland Wagner, 2. SD-Zentralvizepräsident, Oberrain 350, 5063 Wölflinswil; Heinz Wegmann FPS, Kreuzlistrasse 244, 3852 Ringgenberg; Sacha Weidmann, Kantonalpräsident SD Aargau, Kirchstrasse 29, 4323 Wallbach; Adrian Wyss, Präsident SD Emmental/Oberaargau, Lorraine 2 a, 3400 Burgdorf

Formular falzen (keinesfalls abtrennen), frankieren und abschicken
bis spätestens 20.01.2009 an:
Komitee für freie Meinungsäusserung, Postfach 108, 3806 Bönigen
www.schweizer-demokraten.ch

Die geplante Volksentwaffnung: Fluch oder Segen?



Von Mathias von Arx, Erlinsbach, Spitzenkandidat SD-Liste SO

Seit geraumer Zeit schon, aber mit besonderer Intensität in den vergangenen Monaten, wird der Generalangriff auf unser freiheitliches Waffengesetz vorbereitet. Der Angriff erfolgt nun nicht zufällig just zu einem Zeitpunkt, an dem die EU über eine strengere Waffenrichtlinie berät. Im Zusammenhang mit dem Schengener Abkommen hat die Schweiz leider ihre Kernkompetenz über die Waffenhohheit einer fremden, undemokratischen und undurchschaubaren Macht abgetreten. Wie fatal der Beitritt zu Schengen ist, zeigt sich immer mehr. Sicher ist, mit Schengen akzeptiert die EU keine Ordonnanzwaffe mehr in Bürgerhand!

Parallel zum Angriff von aussen, nützen jetzt auch linksgrüne Marxisten, Kirchengruppen, der Schweizerische Friedensrat (SFR), sowie eine von Medien und Sozialisten aufgeheizte Frauenlobby die Gunst der Stunde. Angeführt wird diese unheilige Allianz von Jo Lang (Soz. Alternative), dem wohl einfältigsten Gutmenschen der Schweiz, sowie vom penetrant sarkastischen Boris Banga (SP). Die linke Strategie der konsequenten Lächerlichmachung unserer Landesverteidigung hat schon in den 90er-Jahren soweit gefruchtet, dass unsere Armee heute als unglaubwürdig bezeichnet werden muss. Der Irrglaube, an das Ende des real existierenden «Sozialismus» tat sein Übriges. Seither toben sich die ehemaligen Bluthunde Moskaus hemmungslos aus. Aus einer Politik der Verantwortung ist eine Politik der Destabilisierung geworden.

Als vorläufiger Höhepunkt, hat sich das mehrheitsfähige Bürgertum zu einem fatalen Kompromiss hinreissen lassen. So wird wieder einmal geglaubt, mit dem Ende der Abgabe der Taschenmunition, sei die vereinigte Linke milde zu stimmen. Welch ein Trugschluss! Der SFR startete vor kurzem die verheerende «Volksinitiative zum Schutz vor Waffengewalt»! Darin wird klar festgehalten, dass sowohl Armeeangehörige, wie auch Sportschützen und Jäger, ihre Waffen zu kasernisieren hätten, was ei-

ner Zwangsenteignung praktisch gleich käme. Es hat sich wieder mal gezeigt, dass die so genannten Mitteparteien nicht sehr kampfeslustig sind, wenn es darum geht schweizerische Eigenart zu verteidigen. Für die Durchsetzung liberaler Wirtschaftsgesetze und der damit verbundenen Förderung der menschenfeindlichen Globalisierung nehmen sich diese Volksvertreter jedenfalls wesentlich mehr Zeit.

Schützen keine Bestien

Die sich häufenden, tragischen Familiendramen unserer sinnentleerten Gesellschaft kommen den Waffengegnern natürlich zusätzlich entgegen und lassen so Schützen und Jäger wie gefährliche Bestien aussehen. Die gnadenlose Inseratekampagne der Frauenzeitschrift «Annabelle» vom letzten Jahr eröffnete das Trommelfeuer der Waffengegner. Seither wird seitens der Medien fast pausenlos über unser Schweizer Waffengesetz berichtet. Dieser, in leninistischer Tradition geführte Plan, darf niemals zum Erfolg führen und kann nur abgewehrt werden durch die aktive Verteidigungsstrategie aller heimattreuen Verbände. Die in jeder Hinsicht reisserisch, unge-



Entwaffnung des Volkes als Ideologie.

recht und emotional geführte Inseratekampagne zielte geradewegs darauf ab, negative Gefühle der Angst bei den Frauen zu erwecken. Die primitiven Plakate, worauf Ehemänner Sturmgewehre auf die Köpfe ihrer Frauen richten – die Kinder wiegen – schaffte die gewünschte Zielgruppe. Der «Blick» doppelte mit der Schlagzeile «Frauen Power gegen Waffen» gleich nach. Versuche, Frauen gegen die Männer aufzubringen, haben in der von Alt-68ern beherrschten, schweizerischen Medienlandschaft System. Die Besetzung des Rütli durch ein Frauenbündnis an dem Tag der für die Förderung der nationalen Einheit steht, spricht Bände. Damit war die neue Front, durch die emanzipierte Frau von heute gewonnen. Das neue Proletariat kritisiert jetzt.



Schützen sind keine gefährlichen Bestien.

Der Staat fängt an dem Volke zu misstrauen und schon mutiert eine uralte Tradition zum nationalen Problem. Der Staat erweist sich dadurch zunehmend als unfähig, von Volksfeinden geschürte Ängste zu entschärfen und als das hinstellende was es letztendlich ist, eine Politik der Verantwortungslosigkeit und des Verrats.

Entwaffnung des Bürgers

Wer diese notorischen Weltverbesserer verstehen will, muss wissen, dass sie die Welt in ihr Gegenteil umkehren wollen, also eine Art Antiwelt oder ein «sozialistisches Weltparadies», wie Stalin es nannte, errichten wollen! Diese Ideologie wird von Kommunisten, Sozialisten, grünen Fundamentalisten, aber teilweise auch von den der Freimaurerei nahestehenden «Kapitalhumanisten» gestützt. Diese kennen keine ethischen Grundsätze wie Familie, Volk und Vaterland. Im Gegenteil: Ihr Ziel ist die Zerstörung der bestehenden Ordnung durch schleichende Zersetzung und der damit verbundenen Überführung ins Chaos. Ein bewaffnetes Volk steht der neuen Weltordnung natürlich diametral im Wege. Die EU, welche als Vorstufe zur geplanten Weltregierung errichtet wird, sieht das genau so. Schengen lässt grüssen! Der Kreis hat sich wieder geschlossen.

Die Hoffnung, das unsichtbare Band der Verbundenheit in uns Eidgenossen nochmals erwecken zu können, ist unser Antrieb und die allerletzte Möglichkeit um die sich anbahnende Volksentwaffnung noch abzuwenden. Erinnerungen an die Pro-Armee Demonstration vom 22. Mai 1993 werden wieder wach. Damals manifestierten rund 35 000 Schützen, Frauen und Männer vereint, ihren Willen, dieses Land mit seinen Traditionen erhalten zu wollen. Um solches zu wiederholen, müsste man jedoch auch in den oberen Etagen des SSV wieder zur Besinnung kommen. Besonders SSV-Direktor Urs Weibel

scheint dermassen angepasst zu sein, dass man meinen könnte, er arbeite für die Gegenseite. Von Einigkeit also keine Spur.

Es scheint oft so, als ob die Waffenhohheit des Bürgers als staatstragendes Element in vaterländischen Kreisen vollkommen verkannt wird. Wir halten deshalb nochmals fest: **Die Abgabe der Ordonnanzwaffe an den Bürgersoldaten ist der Höhepunkt der Demokratie, denn es ist der grösstmögliche Vertrauensbeweis einer Regierung an ihr Volk und deshalb einer der wichtigsten Garanten unserer Freiheit, Ordnung und Sicherheit und zwar unabhängig davon, ob nun eine unmittelbare äussere Bedrohung besteht oder nicht.** Die damit einhergehende Übertragung der Verantwortung kann ja auch nur im Sinne eines gesunden Staates sein, denn gerade in einer Zivilisation in der man ständig bestrebt ist, alle gesellschaftlichen Fehler durch die Regierung lösen lassen zu wollen, kann der bewaffnete Bürger als Modell der Verantwortlichkeit dienen. Die meisten Länder in Europa, welche strengere Waffengesetze als die Schweiz aufweisen, haben zudem auch eine höhere Schusswaffenkriminalität, was die genannte These unterstützt. Es gilt des Weiteren festzuhalten, dass nun nicht Waffen Menschen töten, sondern eben Menschen. Genauso ist die Behauptung, weniger Waffen gleich weniger Kriminalität falsch. Die Entwicklung seit der Volksentwaffnung in England beweist das Gegenteil. Die Gründe dafür wurden bereits erläutert. Die felsenfeste Überzeugung der alten Eidgenossen, dass Waffen und Freiheit eine Einheit bilden, hat sich durch die Ereignisse der Jahrhunderte bewiesen und ist unwiderlegbar. Ein Volk das keine Waffen trägt, wird irgendwann wieder Ketten tragen. Die Arglis der Zeit wird zeigen, ob die heutigen Eidgenossen bereit sind, sich der Prüfung zu stellen oder nicht.

Die EU-Personenfreizügigkeit und die Folgen – oder: die Dummen sind die Handwerker



Adrian Wyss, Nationalrats- und Ständeratskandidat, SD-Liste 17, www.adrianwyss.ch

Zwei Jahre sind eine lange Zeit. In zwei Jahren kann viel passieren. Zwei Jahre jedoch reichen völlig, um ein vernichtendes Fazit zu ziehen. Und zwar bezüglich des vor zwei Jahren von den Schweizer Demokraten eingereichten Referendums zur Personenfreizügigkeitsvorlage.

Eine Vorlage die, wir erinnern uns, in der Schweiz heiss diskutiert und hernach vom Schweizer Volk knapp nicht im Sinne der Einreicher gutgeheissen wurde. Der Blick zurück zeigt, dass der hart umkämpfte Abstimmungskampf seitens der Referendumsgegner bisweilen mit fragwürdigen und unwahren Behauptungen geführt und so auch in deren Sinne «gewonnen» wurde. Die Vertreter der Partei der Schweizer Demokraten haben schon damals darauf hingewiesen, dass Lohndumping, Working Poor-Haushalte und Arbeitslosigkeit die unmittelbaren Folgen der Personenfreizügigkeitspolitik sein werden.

Als Unternehmer und Arbeitgeber in der Baubranche kann ich heute die damals erstellten Prognosen der Referendumpartei nur bestätigen. Die Situation im Baugewerbe hat sich in den vergangenen zwei Jahren dramatisch verschlechtert. Obschon die Schweiz zwar momentan einen Bauboom erlebt, es an Arbeit nicht mangelt, der Hypothekarzins (noch) tief liegt, die Auftragsbücher voll sind und viele Bauunternehmer Personal einstellen, dürfte genau hier das Problem zu finden sein.

Denn die Dummen sind – trotz guter Ausgangslage – immer mehr die einfachen «Büezer». Den vom wirtschaftlichen Nutzen der Personenfreizügigkeit werden nicht sie profitieren, sondern andere. Durch die – täglich am eigenen Leib festgestellte – Preisdrückerei in der Baubranche werden immer neue Probleme generiert. Architekten mit wenig Baupraxis fungieren als reine Kapitalverwalter. Qualitätsarbeit wird rar. Es wird gepfuscht und gehuscht. Denn Zeit ist Geld. Geld und Aufträge sind zwar nicht

rar, werden aber lieber in die eigene Tasche erwirtschaftet, als dem einfachen aber Qualitätsarbeit verrichtenden und um Arbeit ringenden Kleinunternehmer vergeben. Billige Arbeitskräfte aus dem EU-Raum überfluten die Schweiz. Pfuscharbeiten nehmen zu und werden sich künftig negativ bemerkbar machen. Handwerker drücken Handwerker. Der Kampf um jeden einzelnen Auftrag ist auf der Baustelle spürbar. Ein gefährlicher Prozess hat begonnen. Ein Prozess, bei dem letztendlich der ehrliche und Qualität verrichtende Schweizer Handwerker den Kürzeren ziehen wird. Das Dumme dabei ist nur, dass es viele gar nicht merken und sich mittel- bis langfristig wegen der Rabattprozente selber den Kopf abschneiden werden.

Gigantischer Bauboom

Währenddessen Einfamilienhäuser wie Unkraut aus dem Boden spriessen, frage ich mich, was wohl geschehen wird, wenn die Zinsen, wie angekündigt, wieder steigen. Die Bedingungen für junge Hausbesitzer dürften sich für manchen drastisch verschlechtern. Doch auch die ökologischen Aspekte gilt es zu betrachten. Die Frage stellt sich, wie viel Beton unsere kleine Schweiz eigentlich und noch erträgt?



Billige Arbeitskräfte aus dem EU-Raum überschwemmen die Schweiz.

Obwohl zahlreiche und renovationsbedürftige Liegenschaften leer stehen, wird umgezont, überbaut, betoniert, und, und, und. Grüner, und gesunder Lebensraum geht verloren.

Mein Fazit ist klar. Sich nach Feierabend schmutzige Hände machen, will keiner mehr. Harte Jobs auf dem Bau sind nicht gefragt. Von der Schule abgehende Schüler zieht es die Wenigsten zum Handwerk. Gute und wirklich seriöse Handwerker sind rar geworden. Die Arbeit des traditionellen und Qualität liefernden Handwerkers

zählt immer weniger. Billigarbeit und Billigarbeiter aus Billiglöhnländern werden bevorzugt. Arme Schweiz! Was ist aus ihr geworden, was wird aus ihr werden? Ich weiss es nicht. Eines jedoch weiss ich und davon bin ich überzeugt: Die anerkannte und weltbekannte Schweizer Qualität muss zwingend aufrecht erhalten werden. Und das hat seinen Preis! Seien wir uns selber lieb.

Wir Schweizer Demokraten stehen dafür ein! Eine Politik für die Bürger. Eine Politik für den Arbeitnehmer und den Mittelstand!

Die Schweiz den Schweizern



BERNHARD HESS 17.01.9
1966, Geschäftsführer, Redaktor, Bern (bisher), Mitglied ALNS



ANDREAS BEYELER 17.05.1
1970, Gastwirt, Worben

www.schweizer-demokraten.ch



SD + Liste 17
Schweizer Demokraten am 21. Oktober 2007 in den Nationalrat



ADRIAN WYSS 17.04.3
1979, Jungunternehmer, selbständiger Schreiner/Zimmermann, Burgdorf



ROLAND SCHÖNI 17.02.7
1958, SD-Generalsekretär, Schifflahrinstruktor, Ersatzkreisrichter, Bönigen



Schweizer Demokraten Spitze

Welche Partei ist am konsumentenfreundlichsten? Man staune: die Schweizer Demokraten!

Die Stiftung für Konsumentenschutz (SKS) hat die Parteien zu

fünf aktuellen Themen befragt, die den Konsumenten am meisten unter den Nägeln brennen (siehe Tabelle). Und siehe da: **Auf dem ersten Platz landet nicht die SP**, die sich den Konsumentenschutz auf

WIE KONSUMENTENFREUNDLICH SIND DIE PARTEIEN?						
Parteien-Rating	SVP	UDC	SP	GLP	PS	SD
1. Beibehaltung der Deklaration des Herkunftslandes auf Lebensmitteln	k.A.	-	-
2. Deklarationspflicht für Nanoprodukte (neue Kunststoffart), nötigenfalls ein Moratorium	k.A.	-	-
3. Weiterhin eine gentechnikfreie Schweizer Landwirtschaft	k.A.	-	-
4. Wiederaufnahme von fünf komplementärmedizinischen Disziplinen in der Grundversicherung	k.A.	-	-
5. Härteres Vorgehen gegen aggressives Telefonmarketing: Einführung des Widerrufsrechts und Prüfung eines Verbots «kalter» Werbeanrufe	k.A.	-	-
Platzierung	8	7	6	3	2	4 5 1

Kleine ganz gross: Nur die SP konnte sich von den Bundesratsparteien im Vordergrund platzieren.

die Fahnen geschrieben hat – sondern die Rechtspartei **Schweizer Demokraten (SD)**, vor den **Grünen**. «SP und die Grünen machten zum Teil unklare Aussagen in ihren Antworten», sagt SKS-Geschäftsführerin Jacqueline Bachmann (48).

Schlecht schneiden CVP und FDP ab. «Sie sind oft völlig ignorant. So ist ihnen beispielsweise egal, woher die Lebensmittel kommen», so Bachmann. Die SVP wollte bei der Studie gar nicht erst mitmachen.

Marcel Odermatt im Sonntags-Blick vom 16. September 2007

In den Nationalrat

Cornelia Schaub

2x auf Ihre Liste

Kandidaten-Nr. 0131, Liste 1



Für eine starke und selbstbewusste Schweiz!

- Konsequente Bekämpfung der Ausländerkriminalität. Mehr Sicherheit für unsere Kinder, Frauen und Männer!
- Mehr Schweizer Werte statt Scharia. Damit wir uns nicht fremd im eigenen Land fühlen müssen!
- Gegen den Ausverkauf unserer Heimat.

www.cornelia-schaub.ch

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen

 Bezirke Baden / Brugg / Zürzach:
Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen

Aargau West:
Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau

Fricktal:
Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rössli, Eiken

 Sektion Reinach und Umgebung:
Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr im «Reinacherhof»

 Kantonalpartei Basel:
Jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Rest. Rheinfelderhof

 Stadt Bern:
Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern.

Sektion Köniz:
Jeden 1. Freitag im Monat im Restaurant Brunnenhof, Köniz

Sektion Berner Oberland:
Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg

Sektion Thun/Konolfingen:
Jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Schürmehof, von May-Strasse 43, Thun

 Innerschweiz:
Jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern

 Sektion Wil und Umgebung:
Informationsabend jeden 2. Montag im Monat im Restaurant Fass in Wil. Nähere Informationen unter www.infowil.ch/sd-wil

Sektion St. Gallen:
Mittwoch, 31. Oktober: Stamm ab 19.30 Uhr im Restaurant Hirschen, St. Gallen, Bus Nr. 1 Auswertung der Nationalratswahlen

 Sektion Hinwil:
Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn)

www.schweizer-demokraten.ch

 Anlässe für 2007 melden an: sd-ds@bluwil.ch

Die SD in Radio und Fernsehen

Radio DRS 1

9.10.07: 20.00 Uhr, Streitgespräch in Winterthur mit SD-Nationalrat Bernhard Hess

Fernsehen SF 1

10.10.07: ca. 22.20 Uhr, Wahl-ARENA, Ausländer und Integration

**21. Oktober 2007:
SD-Liste unverändert**

Der 8. Bundesrat neuerdings in Brüssel?

Schweizer Demokraten wollen sich dem EU-Steuerdiktat nicht beugen!



Janic Bur,
Obmann
SD Glarus

Die Europäische Union will mit der Schweiz über den Steuerstreit verhandeln: Der EU-Ministerrat gab in Brüssel grünes Licht für ein Verhandlungsmandat der EU-Kommission. Der Beschluss der EU-Aussenminister stiess aber in der Schweizer Parteienlandschaft fast durchwegs auf Ablehnung. Das bürgerliche Lager sieht keinerlei Bedarf für Verhandlungen und forderte den Bundesrat erneut auf, in der Frage hart zu bleiben. Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) gingen so weit, der EU mit Gegenmassnahmen zu drohen. Vorgeschlagen wurden beispielsweise ein Zahlungsstopp für Erträge aus der Zinsbesteuerung oder ein Verzicht auf Kohäsionszahlungen an die neuen Mitgliedsstaaten Rumänien und Bulgarien.

Aber um was geht es überhaupt?

Die EU-Kommission hatte Mitte Februar in einem einseitigen Beschluss festgestellt, die kantonalen Steuerprivilegien für Holding-, Verwaltungs- und gemischte Gesellschaften seien nicht vereinbar mit dem Freihandelsabkommen. Gleichzeitig verlangte sie von den EU-Staaten ein Mandat, um mit

der Schweiz zu verhandeln. Seitens der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wurde hingewiesen, dass die EU die kantonalen Steuerprivilegien, welche hauptsächlich als Anreiz dienten, beklagten. Die bisher in der EU landsässigen Unternehmen gründen in der Schweiz Holdings. Dadurch haben die EU-Unternehmen Wettbewerbsnachteile. Der Steuerstreit zwischen der EU und der Schweiz wurde ganz klar durch die Sozialdemokraten heraufbeschworen. 2005 überreichte nämlich die SP ein «Diskussionspapier» zu diesem Zweck an ihre Genossen in der EU. Jetzt tun einige SP-Offizielle so, als ärgerten sie sich über das Vorgehen der EU. Andere freuen sich heimtückisch darüber!

Lesen Sie ganz genau: Nachdem die EU im Steuerstreit mit der Schweiz die Schraube angezogen hatte, reagierten SP-Vertreter ebenso empört wie bürgerliche Politiker. «Wir müssen uns im Interesse der Schweiz gegen solche Druckversuche wehren», erklärte SP-Fraktionschefin Ursula Wyss im Bund. Wyss Vorgängerin Hildgard Fässler wurde in der «Berner Zeitung» noch deutlicher: «Die EU sollte endlich zur Kenntnis nehmen, dass die SP sich in der Schweiz für faire Steuerverhältnisse einsetzt.» Drohungen aus Brüssel, sagte die St.-Galler Nationalrätin, seien da nicht hilfreich. Tatsächlich? Vor nur 15 Monaten, Fässler war damals noch Fraktionschefin, tönte es in der SP-Bundeshausfraktion ganz anders. In-



Die SP will die Schweiz für ein Linsengericht an die EU verschern.

ternationaler Druck sei der einzige Hebel, der die Schweiz in Steuerfragen zur Raison bringen könne, erklärte SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer im Oktober 2005 gegenüber der «NZZ» am Sonntag und versprach: «Der Druck auf die Schweiz wird zunehmen, und ich werde dabei mithelfen.»

Nur wenige Wochen danach war ein Abgesandter der SP Schweiz unterwegs nach Brüssel. Im Gepäck hatte der SP-Fachsekretär Matthias Manz ein «Diskussionspapier» zum Thema internationale Steuerkonkurrenz.

Am 1. Dezember 2005 unterbreitete Manz das Papier dem so genannten Lissabon-Netzwerk, einem Ausschuss der Partei der Europäischen Sozialisten (PES). In diesem Kreis plädierte die SP dafür, dass die PES als Dachorganisation der Sozialisten und Sozialdemokraten

Europas den Kampf gegen die Steuerkonkurrenz auf die Agenda setze. In Brüssel jedenfalls setzt sich die SP weiterhin für eine Steuerharmonisierung ein. Weil die PES im letzten Jahr mit anderen Fragen beschäftigt war, blieb das Schweizer Diskussionspapier zunächst liegen. Als das Lissabon-Netzwerk im Juli 2006 einen neuen Vorsitzenden erhielt, wurde die SP Schweiz darum erneut vorstellig und stiess auf Gehör. Kein Wunder: Der neue Vorsitzende ist der ehemalige deutsche Finanzminister Hans Eichel, ein Kritiker der Schweizer Steuerpolitik. Eichel werde die Steuerkonkurrenz auf die Agenda der Europäischen Sozialisten setzen, sagt Hugo de Sousa, Wirtschaftsexperte am PES-Sitz, und meint: «Wir rechnen fest mit der Mitarbeit der Schweizer Sozialdemokraten.»

Jetzt ist nur noch zu hoffen, dass die SP Schweiz für ihre Praktiken eine saftige Quittung bei den nächsten Wahlen erhält! Wir Schweizer Demokraten kapieren, dass das Schweizer Steuerrecht das Freihandelsabkommen von 1972 nicht verletzt. Die Landesregierung muss eine überzeugende Abwehrstrategie gegenüber den arroganten Druckversuchen der EU entwickeln. Der Bundesrat muss der EU ohne Wenn und Aber klar machen, dass unser Land sich auch nicht in Steuerfragen diktieren lässt. Ansonsten verlieren wir unsere schweizerische Souveränität und zeigen wiederum Schwäche in unserer Landesregierung.

Bewegungsnotstand

Unter diesem Titel hat der bekannte Bergführer und Skiakrobat Art Furrer (70) in der «Aargauer Zeitung» in der Rubrik «Meinung» (diese Rubrik erscheint jeweils auf der zweiten Seite des ersten Bundes der AZ) einen halbseitigen Artikel veröffentlicht. Darin schreibt er unter anderem: «Jedes fünfte Kind in Europa ist übergewichtig. Viele Jugendliche können nicht mehr Kletterstangen erklimmen. Die Geräte werden oft auf Befehl der Behörden von Schulhausplätzen entfernt. Sechs von zehn Kindern im Vorschulalter können keinen Purzelbaum schlagen. Das Schulturn-Obligatorium wird in vielen Kantonen vernachlässigt, obwohl Gesetze dazu verpflichten. Auch das Lehrlingsturnen wird oft

nur halbherzig betreut.» Soweit ein wörtlicher Ausschnitt. (Frage des Schreibenden: Wann wird der Turnunterricht in der Schweiz wohl ganz abgeschafft?) Im Lauf des Artikels stellt Art Furrer fest:

Die liberal-antiautoritäre Erziehung der vergangenen Jahrzehnte ist gescheitert.

Meine Meinung: Für Leute, welche die Augen nicht vor der Realität verschliessen, ist das Scheitern einer solchen «Erziehung» schon seit jeher klar, und zwar nicht nur wegen der sportlichen Betätigung, sondern ganz allgemein. Besonders bedenklich ist aber Folgendes. Der Artikel von Furrer beginnt folgendermassen (wörtliche Wiedergabe): «Selbst in Zermatt, dort, wo der Sport zu Hause ist, lei-

den zunehmend Jugendliche unter Bewegungsarmut. 55 Prozent der Schüler sind Ausländer, vorwiegend aus Portugal. (Aha, Kinder von Angestellten der Hotellerie, die Red.) Die obligatorische Schulwoche wurde fallen gelassen. Warum? Weil sich zugewanderte Eltern beklagten, es fehle ihnen an Geld, um teure Skiausrüstung und Skiabos zu kaufen. Die Gemeindebehörden reagierten umgehend. Ski, Skischuhe und Kleider würden den Kindern kostenlos zur Verfügung gestellt. Dazu auch noch die Liftkarten. (Ich bin mir sicher, bedürftigen Schweizer Eltern wird dieser Gratis-Service nicht gewährt). Das Maximum folgt. Art Furrer schreibt weiter wörtlich: «Ohne Erfolg. Die Secondos wollten trotzdem nicht Ski fahren. Sie mögen lieber Billard spielen als Sport treiben. Statt sich auf den herrlichen

Pisten von Zermatt zu bewegen und zu vergnügen, vertun sich die Zuwanderer lieber in der Bahnhofstrasse der Gebirgsstadt. Einheimische Eltern beklagen sich (logisch, die Red.). Sie möchten lieber getrennte Schulen für ihre Kinder und jene der Hilfskräfte. Terror in der Schule, wo oft das Faustrecht herrscht, gehört (in Zermatt, die Red.) in den Schulen bereits zur Tagesordnung.» Soweit die Einführung von Art Furrer zu seinem Artikel. Da kann man nur sagen: Selbst in unseren ehemals friedlichen Bergen herrschen langsam Zustände wie in den Grosstädten. Unsere Heimat stürzt bald in den Abgrund, falls die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dem jahrzehntelangen Treiben unserer Regierungsparteien nicht schleunigst Paroli bieten.

Dragan Najman, Baden

Ideologisch korrekte Wissenschaft

Sachlichkeit, Ehrlichkeit und Unabhängigkeit gehören zu den Tugenden, die von Wissenschaftlern erwartet werden. Da wir aber nicht in der bestmöglichen Welt leben, kann es vorkommen, dass Wissenschaftler ihre Ergebnisse fälschen oder erfinden, um schneller zu Ruhm zu gelangen. Sie können ebenfalls von Trends bzw. vom jeweiligen Zeitgeist beeinflusst werden; so vertraten in der Vergangenheit beispielsweise sowohl rechts- wie linksorientierte Forscher eugenische, rassistische oder antisemitische Ansichten. Die Wissenschaft kann aber auch direkt durch Ideologie beeinflusst werden; Forscher können einer Ideologie dienen und die Forschungsinhalte und -ergebnisse an diese Ideologie anpassen. In ihrem Buch *Science and Ideology* [1] sprechen Mark Walker et al. in solchen Fällen von «ideologisch korrekter Wissenschaft» und zeigen unter anderem, wie die französischen Revolutionäre sich bemühten, eine «demokratische» bzw. «un aristokratische» Wissenschaft aufzubauen. Weiter ging es in der Sowjetunion darum, eine «proletarische» Wissenschaft zu entwickeln und im Hitler-Deutschland wurde eine «arische» Wissenschaft angestrebt.

Menschenrechte und Wissenschaft

Die Zusammenhänge zwischen Ideologie und Wissenschaft wurden bisher vor allem bei Diktaturen und totalitären Regimes untersucht. Darf davon ausgegangen werden, dass Demokratie und Menschenrechte die Freiheit und Unabhängigkeit der Forscher besser schützen? Zwei Beispiele erlauben, daran Zweifel zu hegen:

1) Die Härte der Zensur hängt nicht zwingend mit der Intensität der politischen Unterdrückung zusammen. So fand einer der intensivsten Zensurfälle in den letzten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in der angelsächsischen Welt statt: Wissenschaftler, die Intelligenzunterschiede in Bezug auf Geschlecht oder Rasse studierten, kamen massiv unter Beschuss [2]. Hans-Jürgen Eysenck, Richard Herrnstein, Charles Murray, Philippe Rushton, Richard Lynn oder Michael Levin wurden verschiedenen Unannehmlichkeiten ausgesetzt: Protesten, Hetzekampagnen, Prozessen, Versuchen der Stellenkündigung, Todesdrohungen, Überfällen bis hin zu Brandstiftungen.

2) Das Nichtdiskriminierungsgebot der Menschenrechte kann zu



Betrug führen: im Buch *The AIDS-pandemic* [3] beschreibt der Epidemiologe James Chin, wie die UNO und AIDS-AktivistInnen jahrelang die weltweite Ausbreitung des HIV bei Heterosexuellen übertrieben haben, um zu vermeiden, dass die eigentlichen Risikogruppen (Homosexuelle und Drogensüchtige) blamiert werden. Stimmen Chins Behauptungen, hätten wir es mit einem der größten Betrugsfälle der Geschichte zu tun und könnten zweifellos von ideologisch korrekter Wissenschaft sprechen.

Putnams Albtraum

Die Arbeiten des Soziologen Robert Putnam bilden ein weiteres Beispiel dafür, wie sich die Ideologie der Menschenrechte auf die Forschung auswirken kann: können ideologisch unkorrekte Fakten nicht mehr verschwiegen werden, bemüht man sich, sie schönzureden.

Putnam ist mit seinem Buch *Bowling alone* über den Zerfall des Sozialkapitals in den Vereinigten Staaten berühmt geworden. Bei der Untersuchung der Ursachen dieses Zerfalls interessierte sich Putnam u.a. für die Wirkungen von ethnischer Heterogenität. Dabei stellte sich heraus: je höher der Heterogenitätsgrad, desto geringer das Vertrauen zwischen den Menschen und der Zusammenhalt. Zwar war Putnams Studie schon im Jahr 2001 abgeschlossen, jedoch erschrak der Soziologe derart über das Ergebnis, dass er beschloss, die Veröffentlichung zu verschieben, um sich positive Argumente zugunsten der Einwanderung ausdenken zu können. Er hielt es für unverantwortlich, die Studie ohne positives Korrektiv zu veröffentlichen. Am 9. Oktober 2006 erwähnte aber der Journalist John Lloyd die Studie Putnams in der *Financial Times*. Putnam fühlte sich verraten und klagte, dies sei mit Abstand seine schlimmste Erfahrung mit den Medien gewesen. Lloyd konnten aber keine inhaltlichen Fehler nachgewiesen werden [4].

Fakten

Nachdem Putnams Studie endlich veröffentlicht wurde [5], können die wichtigsten Fakten hier zusam-

mengefasst werden. Um die Wirkungen von ethnischer Heterogenität auf das Sozialkapital zu messen, untersuchte Putnam 41 Gemeinschaften unterschiedlicher Grösse in allen Teilen der Vereinigten Staaten; insgesamt wurden etwa 30 000 Menschen befragt. In einem ersten Schritt stellte Putnam fest: je höher der Heterogenitätsgrad, desto geringer das Vertrauen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen. Anhand weiterer Variablen (Vertrauen zu Nachbarn und Vertrauen zur eigenen Ethnie) stellte sich aber noch heraus, dass Menschen, die in heterogeneren Gemeinschaften leben, ihren Nachbarn – egal welcher Ethnie – weniger vertrauen als Menschen, die in homogeneren Gemeinschaften leben. Zunehmende ethnische Heterogenität scheint also zu sozialer Auflösung zu führen. Die Menschen verhalten sich, so Putnam, wie «Schildkröten»: sie haben weniger Vertrauen in lokale Regierungen, Leiter und Medien; sie wählen weniger, nehmen aber öfter an Protestaktionen teil; sie rechnen weniger mit der Hilfe ihrer Mitmenschen; ihre Spendenbereitschaft nimmt ab; sie haben weniger enge Freunde; ihre Lebensqualität erachten sie als niedriger; sie verbringen mehr Zeit

vor dem Fernseher und sehen darin ihre wichtigste Unterhaltungsform.

Schönrederei

Obwohl seine Studie erschütternde Ergebnisse liefert, bemüht sich Putnam, den Leser davon zu überzeugen, Einwanderung sei ein durchaus positives Phänomen: sie habe zwar kurz- und mittelfristig negative Folgen, sei aber erstrebenswert und lohne sich langfristig. Putnam unterstreicht mehrmals, wie wichtig es sei, dass die Einwanderungsländer offenere und integrationsfördernde Identitätsformen entwickeln. In der Tat sind integrierte Zuwanderer grundsätzlich wünschenswerter als unintegrierte. Putnam scheint sich aber keine Gedanken über die mögliche Überforderung der Integrationskapazität zu machen – eine reale Gefahr: «Um das Verhältnis zwischen arbeitenden Personen und Rentnern konstant zu halten, müssten jährlich bis zu 3,6 Millionen Zuwanderer [nach Deutschland] kommen, insgesamt 181 Millionen Menschen bis 2050» [6]. Könnte die Integration bei solchen Grössenordnungen in Europa

Fortsetzung Seite 11

Die Schweiz ist bereits überbevölkert Jede zusätzliche Einwanderung schadet



- welcher Nationalität auch immer
- ob erwerbstätig oder nicht
- ob kriminell oder nicht
- ob schwarz oder legal !

SD 
Schweizer Demokraten

Bernhard Hess
wieder in den
Nationalrat!

Kand. Nr. 17.01.9 Liste 17

**Zu dichte Bevölkerung führt zu
Umweltzerstörung - Zunahme von Gewalttätigkeit - Chaos
der religiösen Überzeugungen - Unregierbarkeit**

Kanton Bern

Bravo: 21,4% SD-Stimmen in Worben

Achtungserfolg für Andreas Beyeler

Bei den Gemeindepräsidentenwahlen in der Seeländer Gemeinde Worben vom 23. September 2007 konnte Andreas Beyeler einen Achtungserfolg erzielen und immerhin 21.4 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Dies ist weit mehr als erwartet, hatten doch sämtliche Worbener Ortsparteien (SVP, SP und Freie Wähler) den ehemaligen SVP-Gemeinderat Hans Sigrist tatkräftig unterstützt. Die SD-Parteilung dankt **Andreas Beyeler** für die Zivilcourage, eine stille Wahl verhindert zu haben und ist fest davon überzeugt, dass Andreas Beyeler mit diesem Wähleranteil anlässlich der bevorstehenden Exekutivwahlen in den Worbener Gemeinderat einziehen wird.

Nationalrat Bernhard Hess



Ideologisch korrekte Wissenschaft

Fortsetzung von Seite 10

noch gelingen? Könnten die einheimischen Völker langfristig überhaupt fortbestehen oder werden sie ersetzt? Die ideologisch korrekte Wissenschaft bleibt uns die Antworten schuldig.

[1] Mark Walker (Hrsg.), Science and ideology. A comparative history, Routledge, London – New York, 2003, S. 35-65.
[2] ebd., S. 26

[3] James Chin, The AIDS-pandemic. The collision of epidemiology with political correctness, Radcliffe Publishing, Oxford – Seattle, 2007

[4] Steve Sailer, «Fragmented future. Multiculturalism doesn't make vibrant communities but defensives ones» in The American Conservative, 15. Januar 2007, S. 7-11.

[5] Robert D. Putnam, «E pluribus unum: Diversity and community in the twenty-first century» in Scandinavian Political Studies, Vol. 30 – Nr. 2, 2007, S. 137-173.

[6] Jonas Lanig und Marion Schweizer, «Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg!» – Rechtsradikale Propaganda und wie man sie widerlegt, Verlag an der Ruhr, Mülheim an der Ruhr, 2003, S. 23.

*Jan Mahnert, Bern,
ist ein parteiunabhängiger Autor*

Kanton Basel-Stadt

Schweizer haben auch ein Recht auf Heimat!

In Basel-Stadt bieten die Schweizer Demokraten mit fünf Kandidierenden eine wirkliche Alternative zu den übrigen Sonntags- und Schönwetterpolitikern der andern Parteien von links bis rechts.

Wer sind die SD-Kandidaten und was ist ihnen wichtig?

Patrik Cattin

1975, Hörgeräteakustiker,
2 Kinder, alt Grossrat,
Vizepräsident SD-BS.
Mitglied: FCB-Fan-Club Dominos,
Vereinigte Sportfreunde,
WWF, Erlen-Verein



- Keine Abschaffung oder Aushöhlung der «Lex Koller» (Ausverkauf des heimatlichen Bodens an Ausländer).
- Gegen die Abzockerei in den Manager-Etagen.
- Für eine Entkriminalisierung des Haschischkonsums; Strafverfolgungsbehörden haben doch Wichtigeres zu tun!
- Für existenzsichernde Löhne!

Verena Deck

1973, Bereiterin m. FA, Mutter
einer Tochter, Vorstand SD-BS,
Aktivmitglied Guggenmusik



- Mehr Sicherheit im öffentlichen Raum.
- Mehr Chancen für Alleinerziehende.
- Dem Umweltschutz muss ein höherer Stellenwert in unserer Gesellschaft zugeordnet werden.
- Für einen verbesserten Tierschutz; Tiere sind keine Sache!

Ronny Schibler

1980, Automonteur,
Präsident Guggenmusik,
Mitglied Zunft zu Brotbecken



- Für eine sichere Zukunft der Schweizer Familien.
- Für einen wirksameren Schutz der schweizerischen Kulturgüter und des Brauchtums.
- Kriminelle Ausländer und Asylmissbrauch müssen konsequenter verfolgt werden.
- Bei der Polizei darf keinesfalls gespart werden, im Gegenteil!

Christian Helfer

1963, Kaufm. Angestellter /
Pflegermitarbeiter,
2 Kinder, Mitglied: IG Velo,
Meteorologischer Verein



- Weniger motorisierter Verkehr ergibt mehr Lebensqualität.
- Weniger Gesetze; aber jene, die wir haben, konsequenter umsetzen.
- Verhinderung von weiteren Parallelgesellschaften (Gündülü lässt grüssen!).
- Kein weiterer Abbau der öffentlichen Dienste (u.a. der Polizei)!

Markus Borner

1955, Hörgeräteakustiker /
Geschäftsleiter,
alt Gross- und Verfassungsrat,
Präsident SD-BS, Mitglied:
AUNS, Naturfreunde, ATB



- Es sollen in der Schweiz wohnhafte Bewohner nur noch CH-Landessprachen im öffentlichen Raum verwenden dürfen.
- Leistung soll belohnt werden; jedoch nur eine soziale Schweiz ist auch eine demokratische Schweiz.
- Statt Steuergelder in teure Militärflyer zu verpulvern, geben wir dieses Geld besser für Schulen, Berufsbildung und Forschung aus!

In Basel-Stadt bitte Wahlliste 9 – Schweizer Demokraten – unverändert in die Urne (oder ins Wahlkuvert) legen!

Bei der Wahl des Ständerates empfiehlt die SD-BS **leer** einzulegen (d.h. einen Wahlzettel ohne Kandidatennamen!), um damit einen zweiten Wahlgang zu erzwingen.

Keiner der Kandidierenden ist für uns wählbar! (Näheres unter www.sd-basel.ch)

Das merken wir uns:

Sozialdienst garantiert Asylanten-Wohnung für Fr. 1800.–!

So wird mit unseren Steuergeldern umgegangen: Der SD-Redaktion wurde ein Papier zugespielt, das belegt, dass der Sozialdienst der Stadt Bern für eine pakistanische Asylantenfamilie einen Wohnungs-Mietzins für Fr. 1800.– zuzüglich Nebenkosten garantiert.

Zahlreiche Liegenschaftsverwaltungen auf dem Platz Bern haben kürzlich ein Rundschreiben des Sozialdienstes erhalten, in dem folgendes zu lesen war (Auszug): «Wir sind eine achtköpfige (!) Familie aus Pakistan. Wir sind anerkannte Flüchtlinge und können definitiv in der Schweiz bleiben. Ich, Vater der Familie, bin bereits vor gut fünf Jahren in die Schweiz eingereist, meine Frau und unsere Kinder sind dann vor drei Jahren

nachgekommen. ... Leider reicht das Einkommen nicht, um die Lebenskosten der ganzen Familie zu decken, so dass wir durch den Sozialdienst Bern West unterstützt werden.»

Weiter steht geschrieben: «Damit wir die Auflage der Stadt erfüllen, darf die Wohnung nicht teurer als Fr. 1800.– zzz. NK sein. Der Sozialdienst ist bereit, auf Wunsch eine Mietzinsgarantie auszustellen.» Gewünscht wird eine 4,5- bis 5-Zimmer-Wohnung, welche mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sein soll.

Weshalb Wohnungsnot?

Da fragt sich Otto Normalverbraucher schon, weshalb hierzulande die Mieten so hoch sind bzw. weiter anziehen. Ein der SD-Redaktion

bekannter Liegenschaftsverwalter hat uns freimütig gestanden, dass zahlreiche private Immobilienverwaltungen von diesen staatlichen Luxus-Mietzinsangeboten regen Gebrauch machen. Die Sozialdienste garantieren ja den Mietzins und zahlen zudem pünktlich. Einziger Wermutstropfen sei jedoch jeweils dannzumal, wenn die Flüchtlingsfamilien die Luxuswohnungen wieder verlassen. Oft ist eine Totalrenovation der Behausung die Folge. Diese jedoch bezahlt dann einmal mehr nicht der Mieter, sondern der Eigentümer und in einigen Fällen wiederum das Sozialamt.

*Die Echtheit dieser Schilderung garantiert Bernhard Hess,
Nationalrat, Bern,
www.bernhard-hess.ch*



Liebe Leserinnen
und Leser

Je kürzer und prägnanter Ihr
Leserbrief ist, um so eher sehen
wir die Möglichkeit einer Publikation.
Ihre SD-Redaktion

So nicht, Herr Diène

Der «UNO-Berichterstatte» zu Rassismus», Doudou Diène aus dem Senegal, beanstandete ein Wahlplakat der SVP. Dieses zeigt drei weisse Schafe, eines davon bugsiert ein schwarzes Schaf aus der Schweiz heraus. Das Plakat provoziert Rassen- und Religionshass, so der Afrikaner und verlangte dessen Rückzug.

Wie jedes Kind weiss, wird ein Schwierigkeiten verursachender Aussenseiter als «schwarzes Schaf» bezeichnet. Es ist allein Diènes Problem, wenn er seine Landsleute oder gar sich selbst mit schwarzen Schafen identifiziert. Stossend ist hingegen, dass er sich bemüssigt fühlt, uns die Leviten zu lesen. Stammt er doch aus einem Kontinent, in dem Rassismus omnipräsent ist, beispielsweise: In Simbabwe wurden weisse Farmer mit Billigung der Regierung enteignet und/oder ermordet. In Darfour werden als Folge des Rassismus' Hunderttausende vertrieben oder getötet. Dort würden sich für Diène im Kampf gegen den Rassismus weit ergiebiger Tätigkeitsfelder erschliessen. Aber, für Diène ist es natürlich bequemer, aus feudalem und sicherem Hort seine Daseinsberechtigung beweisen zu wollen.



Doudou Diène

Otto Weiersmüller, Uetikon

Champagne = Beispiel für unglaubliches Kleinbegeben!

Es ist schliesslich gang und gäbe, dass ein Produkt den Namen der Gemeinde, in welchem es entsteht, tragen darf. Vom Bundesrat hätte die Waadtländer Gemeinde Champagne, seit über 800 Jahren im Weingeschäft, mit ihren Winzern erwarten dürfen, dass dieser sich vehement einsetzt für das Recht auf Beibehaltung des gleichlautenden Namens auf den Weinetiketten mit dem Vermerk «Produit Suisse». Der Bundesrat war es, der die Bilateralen 1 unterzeichnet hat. Wenn eine Beschwerdepartei (oder Gemeinde), sei sie auch noch so klein, nicht einmal ein Eintreten auf ihre berechnete Gegenklage erfährt, so hat diese ebenfalls das Recht, jegliche Forderung zu ignorieren. Auch der Europäische Gerichtshof verhält sich diesbezüglich abweisend und somit unfair.

In den Bilateralen 1 steht nirgends geschrieben, dass ein grösserer Kläger automatisch das Recht hat, seinen kleineren Kontrahenten nicht zu konsultieren, anzuhören und unabhängig zu beurteilen. Dies zeigt einmal mehr, wie enorm schädlich der vorausseilende Gehorsam für unser internationales Ansehen ist. Gute, das heisst hart für Schweizer Interessen kämpfende Politiker/Innen und Diplomaten brauchen wir dringend, damit vor EU-Wirtschaftsanwälten nicht weiterhin devot der Bückling gemacht wird.

Der Prix Courage, welcher speziell die Standfestigkeit bei Angriffen der Europäischen Union auf unsere Freiheitsrechte honoriert, wäre eine wichtige, lohnende und nötige Investition!

Marcus Stoercklé jun., Basel

Ausländer bremsen Lohn- erhöhungen

Die Studie der CS belegt, was Kritiker wie die Schweizer Demokraten schon seit Jahren vermuten: Die «Öffnung» unseres Arbeitsmarktes führt zu einem verstärkten Lohn- druck. Es ist naiv anzunehmen, der relativ geringe Anstieg der Zahl der ausländischen Arbeitnehmer deute auf wenig Verdrängung hin. Vielmehr sind in den letzten Jahren sehr viele unqualifizierte Arbeiter eingebürgert worden – diese verschwinden aus der Statistik. Zusätzlich sind viele Ausländer in die Invalidität abgewandert. Gerade im Baugewerbe sieht und hört man sofort, dass einheimische Facharbeiter durch Deutsche ersetzt werden. In den Stellenanzeigen sieht jeder, dass ältere Arbeitskräfte kaum gesucht sind – of-

fensichtlich gibt es ein riesiges Angebot an jüngeren.

Die «Öffnung» unseres Arbeitsmarktes für noch billigere Arbeitskräfte aus Osteuropa beginnt erst richtig zu laufen – die Bosse dürfen auf eine massive Verbilligung der Arbeit und damit weiter steigende Profite hoffen!

Fallende Güterpreise sind den Rechtsbürgerlichen dagegen weniger wichtig. Derselbe Bundesrat Blocher, der das «Wagnis (Ostpersonenzuzug) wagen» wollte, stemmt sich gegen den Parallelimport patentgeschützter Güter. Überhöhte Preise (und damit Profite!) verdienen anscheinend mehr Schutz als unsere Löhne!

Markus Alder,
e. Gemeinderat, Zürich

SP und Gewerkschaften gegen AHV Rentner

Die Lohnforderungen heizen die Teuerung an. Der Mehrverdienst verführt zum lockeren Geldausgeben und zum Akzeptieren höherer Preise. Da können AHV-Rentner oft nicht mithalten und müssen den Gürtel enger schnallen. AHV Bezüger können nicht mit Streikdrohungen höhere Renten erpressen, und so bleiben sie auf der Strecke, wenn Lohnerrhöhungen, mehr Ferien und weniger Arbeitszeit für Teuerung und letztlich für Kaufkraftschwund sorgen.

Mehr Geld in den Taschen der Arbeitnehmer sorgt nur für einen kurzfristigen Konsum-Schub, solange bis die Teuerung die Lohnerhöhung aufgefressen hat. Dann läuten die Linken wieder zur nächsten Lohnrunde und neuen Forderungen; sie wollen sich ja bei ihren Mitgliedern für deren Beiträge profilieren. Der Teufelskreis ist

denen egal. SP und Gewerkschaften schaden so auch dem Arbeitsplatz Schweiz und unserer Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland. Wer die «Internationale» singt, hat unser nationales Wohl aus den Augen verloren, die ihm vielleicht aufgehen, wenn er oder sie in (Früh-)Rente kommt.

Die linken Neidgenossen sorgen mit wachsender Teuerung auch dafür, dass der Wert der Ersparnisse schwindet. Eine Schweizer Tugend wird so betrafft, und wer gar Wohneigentum als Alterssicherung sucht, wird mit der Eigenmietwertbesteuerung geschröpft. Dabei sind die Hypotheken aus versteuertem Einkommen abbezahlt worden. Ein schuldenfreies Alter wird mit der Vermögenssteuer bekämpft, die nicht einmal der gierige Fiskus unserer deutschen Nachbarn kennt.

Peter Schütz, Schmitten



e.NR V.J. Oehen

Diese Stimme darf im Nationalrat nicht fehlen!
Geradlinige Politik für die Erhaltung einer unabhängigen Schweiz!
Dynamisches Gleichgewicht - Kein Dauerwachstum!

Stabilität - Sicherheit - Recht und Ordnung!



Legen Sie am 21. Oktober 2007
die SD Liste Nr. 17 unverändert ein!



NR B. Hess



Quand est on trop vieux?



Mary Meissner,
Vernier

Pour moi il y a deux façons d'appréhender la vieillesse. Soit on accepte ses rides, ses cheveux blancs et ses petits bobos en se disant qu'il y a plus malheureux que nous, soit on s'amgousse à teindre le premier cheveux gris, on croit dur comme fer que les crèmes qui savent faire une publicité mensongère vont nous rendre une peau de bébé, on suit des régimes alimentaires et sportifs qui vous tuent à petit feu et

surtout on pense à ce que l'on a perdu et à la fin inéluctable qui nous attend.

Moi, j'ai choisi la première solution et compris qu'en continuant à vivre pleinement en réfléchissant, lisant et discutant avec les autres, surtout en jetant sur le papier mon adrénaline provoquée par l'écoeurement issu de la bêtise humain, j'oublierais la route se déroulant devant moi conduisant au néant qui nous attend tous, toutes et tout. En ces temps d'élections fédérales, le journal 20 minutes m'a contactée pour une interview de la femme la plus âgée du pays figurant sur les listes électorales, en même temps qu'un homme comme étant le plus jeune...

Comme ce dernier refuse de venir chez moi, une comtesse de droite,

alors qu'il est de Solidarité, le journaliste de 20 minutes après avoir admiré ma galerie de peintures, mes plaquettes de poèmes, mes romans et les divers objet ramenés de mes nombreux voyages comme journaliste du tourisme, photographe et conférencière, n'insista pas pour cette rencontre outrancière. Si j'écris sur la vieillesse maintenant, c'est pour souligner le manque total de respect de la part de ce jeunot qui prétend concourir pour diriger le pays et qui ne sait pas ce que c'est que le tact, et l'intelligence du cœur. A-t-il eu peur de se trouver mal à l'aise dans mon environnement et devoir se comporter mieux que dans un bistrot plus proche de son monde?

J'ai eu beaucoup de plaisir à répondre aux questions du reporter intelligent et discret, vu qu'à mon âge la vie nous apprend à mieux répondre aux questions tout en restant critique par rapport aux réponses,

sans ambiguïté, compromission ou retenu dans le genre langue de bois ou parler pour ne rien dire. On adore appeler un chat, un chat même jurer au bon moment. C'est l'occasion de manier la critique sans tomber dans les conseils scolaires. Après tout le trajet suivi pendant presque un siècle permet de comparer, d'analyser et surtout d'apprécier tout ce qui a fait ses preuves. Les socialistes et leurs seides ne jurèrent que par le changement et l'application d'utopies inatteignables, sauf au prix de la maltraitance populaire sous couvert d'humanisme. Je n'ai pas manqué d'affirmer que la situation actuelle rassemble à un théâtre où se démentent les guignols de la politique. Ayant accepté de figurer sur la liste des Démocrates Suisses je suis de ce fait moi aussi un guignol. Cela me fait rire, car je ne demande rien que de garder les idées claires et la possibilité d'écrire jusqu'à la fin.

Le 21 octobre, on dira: La Suisse d'abord!



Chères citoyennes, chers citoyens

Avez-vous aussi été touchés par un tel sentiment? En retrouvant récemment un peu de temps pour faire une randonnée dans l'Oberland bernois, je fus comblé de bonheur et de fierté et me fis la remarque: notre patrie est vraiment d'une beauté unique en son genre! Par leur labeur et leur esprit d'initiative, les générations antérieures ont créé une communauté exceptionnelle.

Par contre, que font les fesse-mathieux de nos partis politiques? Des bandes de jeunes terrorisent des personnes sans défense. Le quota d'immigration augmente sans cesse. Des chefs d'entreprises escrocs s'emparent des paiements des contribuables. Notre AVS n'est plus sûre. La Suisse doit être liée aux organisations internationales. L'ONU n'a été qu'un début, mais l'entrée dans l'UE et l'OTAN suivra, bien entendu.

En constatant cette évolution calamiteuse, je sais donc qu'au Conseil national la forte et indépendante présence des Démocrates Suisses s'avère de plus nécessaire. Nous n'avons pas besoin de prestidigitateurs corrompus dans la campagne électorale! Je vous assure que l'engagement sans condition des Démocrates Suisses après les élections ne vise que la prospérité de la Suisse. – Pour cela, le 21 octobre 2007 nous aurons besoin de votre voix. – Pour l'amour de la Suisse déposez sans modification la liste DS 17 dans l'urne.

Bernhard Hess,
Conseiller national

Le Piloni

Conceptions divergentes

En lisant dans la presse de ce jour l'interview de Micheline Calmy-Rey, je dois dire que certaines de ses réflexions sont parfaitement contradictoires et rejoignent en moins cru, les propos de Patrice Mugny, (l'UDC pue) lui aussi porteur d'une responsabilité publique. Dire que tous les Suisses et Suisesses ne sont pas des moutons est exact, mais dans le sens où ils refusent de se laisser abuser par des promesses jamais tenues, par une langue de bois vide de sens, et les subtiles manœuvres de nos autorités nous poussant petit à petit dans les bras de l'UE, Calmy-Rey en tête. Heureusement que l'UDC tout entière, soit 25% des citoyens, et pas seulement C. Blocher, ont ouverts les yeux sur la réalité dangereuse qui pointe à l'horizon, et par le rejet des moutons voleurs, dealers et violeurs récidivistes redonnent un peu de panache au peuple suisse patriote. Si Mme la Présidente espère par ses propos changer la mentalité ambiante qui dégénère, ce n'est pas en vilipendant les enfants originaires du pays, mais plutôt en accusant son laxisme socialiste qui permet chez nous le multiculturalisme, et la

plurimixité linguistique et religieuse. Voilà la vraie raison du changement de comportement et de mentalité.

Revenons à la Poste

On apprend aussi par les médias que le chaos qui bouleverse cette institution bien rôdée jusqu'à il y a peu de temps, est le fait d'un complot (le mot est à la mode) concocté par Moritz Leuenberger qui garde secrètement un plan calqué sur les déboires de l'UE. Il balaie le côté humain, le travail fait avec enthousiasme, les facilités dues au vieillissement de la population, et tout le réajustement qui sera nécessaire et couteux pour désorganiser la poste. Ce qui se prépare n'est certainement pas une amélioration ou une rationalisation puisque tout cela se fait sur le dos des postiers et des clients, toujours en faveur du fric le veau d'or contemporain.

Suite en page 15



Blocher et la chasse

Je viens de recevoir une copie de l'allocution de Christoph Blocher à Château d'Oex, lors du 125^e anniversaire de Chasse Suisse et de Diana Suisse, le 18 juin passé. Le contenu m'a sidérée, vu que dans le canton de Genève la chasse est interdite depuis belle lurette, malheureusement dans l'unique canton qui a pris conscience de ses devoirs envers la faune.

Monsieur Blocher s'est référé à la protection de la nature et à la conservation des espèces en se référant au précieux travail accompli par cette catégorie d'individus qui aime jouer de la gachette traquant chamois, coqs de bruyères, lièvres,

probablement marmottes, renards et sangliers. Il a remercié spécialement les chasseurs pour les tâches importantes qu'ils ont accomplies pour garder une âme aux sites naturels, dans un esprit typiquement suisse de bénévolat.

Cela dépasse toutes les bêtises possibles, car un chasseur pense d'abord à son estomac, à l'adrénaline qui l'emporte au septième ciel lorsqu'il attend sa proie, et au bénéfice que lui rapportera tel ou tel animal. Ils sont récompensés par l'estime du gouvernement qu'un des conseillers fédéraux leur transmet au son du Cor des Alpes et pendant un bon repas composé de chasse.

Les explications concernant l'attitude réservée des chasseurs qui ne tirent que des animaux déficients est une belle blague, car un de mes amis a dégusté des morceaux de choix découpés dans de belles bêtes bien saines. Le comble est la phrase qu'il a répétée et qu'aurait dite Guillaume Tell à Gessler: «Je vivais tranquille et sans histoire-mes flèches ne visaient que les animaux de la forêt.» Probablement qu'à l'époque les gens avaient faim et chassaient pour manger. Aujourd'hui c'est une honte. Il s'agit d'un sport pratiqué par des milliers d'hommes et peu de femmes, dans le monde entier, voir en France l'hécatombe des palombes, des oiseaux migrateurs, des canards sauvages et en Angleterre des renards tués par des chiens après une chasse à courre.

Des protecteurs de l'environnement sont spécialement désignés par les autorités pour s'occupant de la survie de la faune et de la flore, de l'assainissement des forêts, des cours d'eau, et en cas de nécessité, liquider quelques sangliers dévastant les cultures. Cela s'appelle vraiment une politique intelligente en matière de protection de la nature, prenant en compte la biodiversité de notre paysage rural et alpin.

C'est à Genève que Christoph Blocher devrait venir remercier par de beaux discours, la vraie concientisation des protecteurs et véritables amis des animaux, portant le respect et l'amour du vivant, jour après jour, toute l'année, à son plus haut niveau humain.

Charlotte Morel

Tare pour barre

Décidément cette année électorale aura été propice à tous les excès de la langue française, faisant dans le même temps le beurre des partis qui s'en donnent à cœur joie pour employer à tour de bras tare pour barre.

Ah! j'oubliais... Nous avons tellement de parler divers dans notre petit territoire grâce à nos hôtes étrangers de plus en plus bariolés qui annoncent souvent le français, que l'expression *mouton noir* est transposée avec délectation par ceux qui savent comment brouiller les explications les plus simples. Et si j'ajoutais «à tour de bras» dans cette liste, d'aucuns s'empresseraient-ils de tordre le bras de leurs ennemis sur des affiches? Parler de *complot* au lieu de discussion au sommet, c'est vraiment exagéré ainsi que les mots «*plan secret*» au

lieu d'organigramme. Mais si l'on veut attirer l'attention des individus noyés dans les pléonasmes, les vices de langage, la publicité mensongère, etc., il faut trouver des images choc et les mots sont là accompagnés de caricatures pour secouer l'opinion. C'est d'ailleurs exactement le procédé qu'emploient les islamistes pour persuader des têtes brûlées à aller se faire sauter au milieu de la foule pour s'ouvrir un chemin au paradis des sept vierges...

Comme tout cela est de bonne guerre comme disent nos élus en ces temps de pré-votations fédérales, n'y attachons pas l'importance que veulent bien leur donner les frères ennemis. Demain sera un autre jour et le bon peuple pensera à Noël.

Mary Meissner

En parcourant la presse

Islam et apostat

Les Pays Bas abritent un groupe intitulé *Comité des ex-musulmans* créé par Ehsan Jami, un Iranien qui revendique le droit des musulmans à quitter leur religion sans se faire insulter ni menacer de mort. Ehsan Jami est actuellement conseiller municipal à Amsterdam et il a demandé aux autorités néerlandaises une déclaration de solidarité car il espère devenir député en 2010. Mais il n'a eu guère d'appui, vu que l'ex députée conservatrice somalienne Haayan Hirsi Ali avait elle, ouvert cette voie, et qu'on l'avait accusée de «polariser» le pays.

L'islam ne tolère pas des retournements de cette nature, ni pour devenir chrétien, ni pour renier cette religion basée sur l'engagement à vie. Ehsan a été agressé par trois hommes en sortant d'un tramway et il doit se cacher, Haayan est partie aux USA. Seuls les ultra conservateurs soutiennent ce combat de titans et ils reprochent aux autorités de donner plus de respect à l'islam plutôt qu'à la liberté des apostats.

Nous vivons dans un monde divisé où les droits de l'homme deviennent une illusion.

Maria de Seinmers

Ça continue

Après la puanteur de Mugny, c'est la Roth-Bernasconi qui étale sans les colonnes de la Tribune sa haine des gens de droite et du parti qui monte, en parlant de **peste brune, terme** aussi méprisant que *l'UDC qui pue*. Elle y ajoute **que les citoyens ne doivent pas se montrer moutons, mais savoir se montrer vache**. Non atteignons le sommet des insultes gauchistes. Il en est de même à la radio où ce matin 28 septembre, un Africain s'est attaqué à Christoph Blocher en disant que les Suisses établis au Sénégal ne dormaient plus la nuit depuis que l'affiche des moutons avait été placardée sur les murs de la Suisse.

Ce qui est désopilant dans ces échanges politiques peu amènes, c'est la propension des fausses interprétations pour tournebouler les âmes simples en biaisant la langue française, tout ce tinfoin propagé et amplifié par les médias qui n'ont pas, dirait-on, assez d'informations guerrières à diffuser. Nous ne sommes pas loin des sanctions prévues par l'art. 261^{bis} qui clouent au pilori les délits de discrimination raciale ou l'antisémitisme. On parlera bientôt d'anti-africanisme, tout ceci pour cacher en réalité les mauvais éléments qui rongent notre société pacifique. Cela provoque aussi les dégradations et attaques brutales d'éléments perturbateurs étrangers qui remplissent nos prisons à nos frais. Ces moutons bêlants rouges sont les provocateurs et la cause de ces violences. Notre ministre de la Justice devrait prendre des mesures adéquates pour calmer ce jeu dangereux. Espérons que les vrais Helvètes auront les reins assez solides pour résister à cette tempête dans un verre d'eau comme dirait le sage.

Mary Meissner

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

- Je m'abonne au journal «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)
 Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates Suisses DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
sd-ds@bluewin.ch
www.schweizer-demokraten.ch

Le Pileri*Suite de page 13.***Le ver est dans les Verts**

En se présentant sous le slogan «DEVELOPPEMENT DURABLE» les Verts jouent dangereusement avec les mots. Si leurs mots sont suivis des faits cela veut dire qu'ils sont pour les 4x4, les centrales nucléaires, les OGM, les subventions tous azimuts et une consommation effrénée, c'est à dire tout le contraire des recommandations de Kyoto qui demandent un retour à la sobriété et à une économie énergétique, un contrôle des déchets et

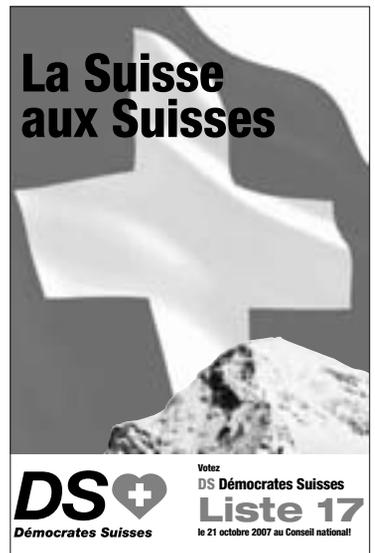
pas un développement à saintam eternam jusqu'à épuisement des stocks planétaires. Pour moi, le mot durable veut dire sans fin. Cette juxtaposition de ces deux vocables est comme le ver dans un programme aux contours éléphantesques voué à l'échec dans une continuité destructrice abyssale.

Allez les Verts et tous ceux qui prônent le développement, durablement contaminé par le ver de la surconsommation, vous courciguez les efforts des partis conscients de leurs devoirs et obligations civiques et si le peuple avale vos utopies, la petite Suisse est prête à disparaître.

plus qu'à suivre le pugilat entamé de part et d'autre et compter les points suivant les coups assésés brutalement d'une part par Sarkozy, et d'autre part, fielleusement doucereux de Poutine. Quoiqu'aux antipodes l'un de l'autre, sans souligner les tendances de gauche ou de droite de chacun, leur but identique est le pouvoir et une présence cinématographique dans les médias.

Qui réussira le mieux suivant la tactique choisie? Sarkozy qui veut redonner à la France son éclat d'antan sans l'interférence de l'Église catholique, ou Poutine redevenu chef du KGB et de l'armée qui veut redonner à la Russie son panache tsariste soutenu par l'Église orthodoxe? De toutes façons ces deux chemins conduisent le monde d'une manière dangereusement divergente, au moment où les USA dégringolent de leur pied d'estal et où l'émergence chinoise et indienne menace d'abord la paix économique qui se délite, suivie forcément de luttes plus sanglantes inspirées des terroristes de tous bords qui ne demandent que d'en découdre contre n'importe qui pourvu qu'il y ait des morts, des ruines et des conflits larvés. Le climat de la planète s'en mêlant, le tableau d'un avenir qui chante est brossé.

Tous ces ingrédients mélangeant la paupérisation de peuplades entiè-



res, a sécheress planétaire, l'écroulement des glaces, du permafrost et des montagne, l'engloutissement d'îles et de côtes par l'Océan, l'explosion de volcans et probablement l'écrasement de météorites sur la croûte terrestre, ne présagent rien de bon.

Les luttes pour le pouvoir ont-elles alors tant d'importance et l'acharnement que mettent les dirigeants appelés Poutine, Sarkozy, Bush ou Mao, tous ces efforts ne sont-ils pas vains et inutiles vis-à-vis du cosmos et de la nature qui n'en font qu'à leur tête et quand bon leur semble.

Maria de Seimners

Sarkozy et Poutine, tableau futuriste

A bien regarder l'attitude et les résultats de Nicolas Sarkozy et de Vladimir Poutine, tous deux de petite taille portant le prénom des anciens tsars de Russie, on ne peut s'empêcher de faire une comparaison assez dérangement du politiquement correct.

Alors que Nicolas en bon stratège a mis knock-out d'un seul tour de scrutin ses trois plus virulents adversaires, Vladimir a louvoyé furtivement dans la coulisse des déci-

deurs, faisant croire aux plus riches pétroliers et banquiers, qu'il était inoffensif et facilement maléable. Une fois au pouvoir, il s'est retourné comme un serpent contre ses sponsors en les faisant emprisonner.

Tous deux devraient s'affronter aux échecs pour peser leurs compétences à obtenir ce qu'ils veulent en jetant de la poudre aux yeux des vœux français et des moutons de Panurge russes. Maintenant il n'y a

La Suisse aux Suisses

Pourquoi nous luttons:**Pour l'arrêt de l'immigration, contre le chaos multiculturel**

L'immigration de masse et les naturalisations à tour de bras font des Suisses des étrangers dans leur propre pays. Elles menacent la culture et l'existence du peuple suisse. L'augmentation constante de la densité de la population détruit en outre les paysages, la nature et l'environnement suisses. L'immigration de masse doit être stoppée. La Suisse doit rester le pays des Suisses.

Pour la sécurité, contre la criminalité étrangère

Notre pays souffre de la présence d'étrangers non intégrés, délinquants et violents, ainsi que de l'augmentation de la criminalité et du nombre de cas d'abus dans les assurances sociales. Il faut enfin mettre un frein à la générosité excessive et au laxisme de la justice. Quiconque enfreint nos lois, com-

met des délits graves, menace l'ordre public et la sécurité ou refuse de s'intégrer, doit être puni et doit quitter notre pays.

Pour l'avenir des familles suisses, contre la dilapidation

Une politique hostile aux enfants a fait de la Suisse un pays dans lequel naissent peu d'enfants, ce qui menace sérieusement l'avenir des retraites. Les enfants sont en outre devenus un facteur d'appauvrissement des familles. Il faut soutenir les familles suisses au moyen d'allègements fiscaux et d'allocations pour enfants plus élevées au lieu d'ouvrir grand les portes de notre pays et de nos assurances sociales aux étrangers.

Contre le bradage du sol national

La vente de résidences secondaires à des étrangers menace de plus en plus les paysages, la nature et l'environnement de notre pays. Elle surcharge en outre nos infrastructures et nuit au tourisme. La loi fédérale sur l'acquisition d'im-

meubles par des personnes à l'étranger (Lex Koller) ne doit pas être abrogée; elle doit au contraire être renforcée dans l'intérêt des Suisses. Nous ne devons pas brader notre sol national.

Pour la liberté et l'indépendance, contre les exigences de l'UE

Les DS refusent résolument l'adhésion de la Suisse à l'UE centralisatrice, bureaucratique et non démocratique. En cas d'adhésion, la Suisse renoncerait à son indépendance, à sa neutralité et à sa souveraineté. Le peuple y perdrait sa liberté, sa sécurité, sa prospérité ainsi que sa démocratie directe unique. Une adhésion aurait aussi pour conséquences davantage d'immigration, un dumping salarial massif, un chômage plus élevé, la disparition du franc suisse et une hausse de la criminalité.

Pour l'identité, contre la mondialisation

La mondialisation menace les libertés individuelles ainsi que l'Etat de droit démocratique et social. Elle entraîne la destruction des identités, le chômage, la paupérisation et la destruction de l'environ-

nement. Les décisions politiques sont de plus en plus souvent prises par la haute finance et non par les élus. Il faut arrêter cette folie. L'économie doit être au service du peuple et non l'inverse.

Pour la protection de la nature, contre une croissance sans fin

Le patriotisme est aussi synonyme d'amour et de protection de l'environnement, de la nature et du patrimoine. L'absence de politique environnementale sérieuse menace la substance de chaque peuple. Les intérêts économiques doivent être subordonnés à la protection de la nature et de l'environnement. Le matérialisme des dernières décennies a accéléré la destruction des bases naturelles de la vie. Une politique environnementale qui ne tient pas compte de la croissance de la population n'est pas crédible.



Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch
sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralpräsident, Bern (CR)

Rudolf Keller, Präsident
SD Basel-Land, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Dr. Dragan J. Najman, Baden

Friedrich Auf der Maur, Volketswil

Patriotismus gewinnt mit den SD!



Aufruf des
SD-Zentral-
präsidenten
Bernhard Hess

Liebe Gesinnungsfreunde

Am 21. Oktober 2007 wählen Sie eine neue Abordnung in den Nationalrat. Mit Ihrer Wahl entscheiden Sie über Ihre Zukunft und die einer lebenswerten Heimat, in der Sie frei, in angemessenem Wohlstand und grösstmöglicher Sicherheit leben können. Sie bestimmen auch, ob die politischen Fehlleistungen der letzten Jahre korrigiert werden, die uns immer mehr unkontrollierte Zuwanderung, mehr Asyl- und Sozialmissbrauch, mehr Kriminalität und Gewalt, mehr Verschuldung, mehr Steuern sowie die Verbetonierung der letzten Landesreserven gebracht haben. Wenn Sie wollen, dass dem schrittweise in die Zerstörung, Schuldenwirtschaft und Armut führenden politischen Kurs sämtlicher Regie-

rungsparteien entschieden entgegengetreten wird, die Werte und Traditionen unserer Kultur gewahrt bleiben und unsere Schweiz uns auch noch in Zukunft Heimat bleibt, in der wir uns wohl und sicher fühlen, dann ist es mehr denn je entscheidend, dass wiederum unabhängige, kompetente und profilierte Schweizer Demokraten in den Nationalrat gewählt werden.

Es braucht jede SD-Stimme!

Die linken Medienschaffenden und sämtliche Parteistrategen der grossen Regierungsparteien sind derzeit bestrebt, uns Schweizer Demokraten (SD) zu schaden oder uns schlicht zu verschweigen. Um drohende Sitzverluste zu verhindern, braucht es deshalb jede Stimme. Es genügt nicht, dass Sie selbst an der Wahl teilnehmen und die **SD-Liste möglichst unverändert** einlegen und im Kanton Bern zudem unseren Ständeratskandidaten **Adrian Wyss** einmal handschriftlich auf den amtlichen Ständeratswahlzettel schreiben. Es gilt, unser Potenzial optimal auszuschöpfen. Wir bitten Sie darum eindringlich, Ihr gesamtes persön-

liches Umfeld zu mobilisieren und zur Wahlteilnahme zu bewegen. Der bevorstehende Nationalratswahlkampf verschlingt enorme Summen. Weil die Medien bestrebt sind, unsere Forderungen totzuschweigen, sind wir gezwungen, auf teuren Inseraterraum auszuweichen und unsere Parteizeitung «Schweizer Demokrat» in hohen Auflagen zu verteilen. Wir erlauben uns deshalb, dieser Ausgabe nochmals einen Einzahlungsschein beizulegen mit der Bitte, die SD auch finanziell zu unterstützen. Ihre Spende ist für uns von grösster Bedeutung und wir danken Ihnen schon jetzt sehr herzlich dafür.

Vorsicht Berner SVP-Falle:

Niemals darf vergessen werden, dass – im Gegensatz zur SVP Schweiz –, die Berner-SVP vor zwei Jahren sowohl das EU-Schengen-Diktat wie auch die Ost-Personenfreizügigkeit unterstützt hat. Wenn die Berner SVP sich nun als Überfremdungsgegnerin aufspielt, ist dies schlicht hinterlistig.

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT**
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Was die SD von der SVP unterscheidet

Die hinterhältige Schiesserei auf Bundesrat Blocher ist verheerend. Der grösste Schaden entsteht dadurch, dass darob die echten Probleme der Schweiz vergessen werden. So wurde in letzter Zeit von den Medien zunehmend der falsche Eindruck verbreitet, die politischen Ansichten der Schweizer Demokraten unterschieden sich kaum von denjenigen der SVP. Die SD haben unter diesem Irrtum immer mehr zu leiden. Sie sind aber eindeutig sozialer und ökologischer als die SVP! Sie machen die Demontage des Staates, insbesondere des Sozialstaates, durch einen Wettbewerb um möglichst tiefe Steuern nicht mit. Vielmehr bleiben sie ihrem Uranliegen – schon unter dem alten Namen NA – treu, die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt auf dem Territorium Schweiz sei entscheidend. Es ist eng mit ihrem Kampf gegen deren Umwandlung in eine einzige kosmopolitische und identitätsschwache Grossagglomeration verflochten; denn es gibt eben einen Zusammenhang zwischen der Überbevölkerung und der Verschärfung der hiesigen Umweltschwierigkeiten. Zum Beispiel führt die wachsende Bevölkerungsdichte durch die damit verbundene Über-

bauung zu einer Bodenversiegelung, welche Überschwemmungen zur Folge hat, die nicht einfach nur mit einem Klimawandel erklärt werden können. Auch die Schwammfunktion von unverbauten Gebieten, die schrumpfen, wird geschwächt. Ausserdem sind vor allem Überfremdung und zu hohe Bevölkerungsdichte Ursache von Verhaltensstörungen wie Drogensucht und rohe Gewalt. Es geht also nicht einfach darum, kriminelle Ausländer aus der Schweiz zu entfernen, sondern die Einwande-

lung, welcher Ethnie auch immer und Hauptursache der Bevölkerungsvermehrung, generell tief zu halten. Die SVP hat jedoch nichts gegen einwandernde Arbeitskräfte, welche die Schweizer Wirtschaft vorgeblich brauche, was wegen des notwendig werdenden Ausbaus neuer Infrastrukturen einen ökologischen Teufelskreis auslöst, der nun schon Jahrzehnte andauert. Auch im Kampf gegen den Ausverkauf der Heimat ist die Haltung der SVP eher zwiespältig.

Jean-Jacques Hegg, Dübendorf

Persönlicher Schutz – ein aktuelles Thema!

PROTECT «plus» – Pfeffer-Schutzspray

- Einfache Handhabung!
- Setzt Angreifer – Mensch o. Tier – sofort ausser Gefecht!
- Klein und handlich – immer dabei!
- Hohe Zielsicherheit dank Kegel-Sprühnebel!
- Schafft wertvolle Zeit, um Hilfe zu holen!



PROTECT «plus» Ihr persönlicher Leibwächter!

Mehr Sicherheit – jederzeit & überall!

Die Sinnvolle Geschenkidee!

Bestell-Talon

Anzahl eintragen.

Anzahl eintragen.

Versand gegen Rechnung
zzgl. Fr. 7.50 Porto
mit praktischem Gürtel-Clip

Ja, ich bestelle Dose(n) à Fr. 19.90

Leder-Etui à Fr. 18.50

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ / Ort: _____

Jahrgang: _____

Unterschrift: _____

Talon einsenden an: SD-Geschkenkladeli, Postfach 8112, 3001 Bern, Fax 031 974 20 10, sd-ds@bluewin.ch